DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 48 ab Samstag, 22. Mai 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 48. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

DIE WAHRHEIT ÜBERS LÜGEN

Weltweit Großdemos gegen Corona-Schreckensherrschaft +++ Staats- und Konzernpresse fälscht Berichterstattung +++ Pfingsten: Sternmarsch der Demokraten auf deutsche Hauptstadt



Weltweit gegen den Corona-Putsch: Großdemo in Litauen.



Amsterdam für Selbstbestimmung.

Fotos auf dieser Seite: DW/privat



Tokio, 15. Mai: »totaler Widerstand« angekündigt.

Die Welt steht auf, die Tyrannei fällt! An diesem Pfingstwochenende werden Hunderttausende Demokraten in Berlin erwartet: Das Ziel ist die Inhaftierung der Regierung Merkel, die Rückkehr zum Grundgesetz und Volksentscheide in allen grundlegenden Fragen.

Seit 28. März 2020 setzt sich die Demokratiebewegung für einen seriösen Umgang mit Gesundheitsschutz, Grund- und Freiheitsrechten ein. Die größten Demonstrationen in der gesamten europäischen Geschichte folgten. Die Demokraten in Deutschland stehen dabei an der Seite der Demokratiebewegungen anderer Nationen. In aller Welt stehen die Menschen auf. Die Corona-Schreckensherrschaft betrifft dabei nur einen Teil der Welt. Jenen, wo mit dem unseriösen PCR-Test aus einem Grippeinfekt eine Seuchenhysterie herbeigetestet wurde.

➲ Vier Tage Großdemos in Berlin, Seite 7 ➲ International Seiten 8, 12, 13



Englische Demokratiebewegung stürmt auf BBC-Zentrale in London.

Amsterdam im Widerstand: Soldaten, Arbeiterschaft und Bürgertum.



Entschlossene Proteste: In Spanien demonstrieren landesweit Hunderttausende gegen »Great Reset« und US-Konzerndiktatur.

NICHTOHNEUNS.DE

Der kraftvolle Docteur

LAUDATIO ***Der Preis der Republik geht an Dr. Louis Fouché.***
Von Casey Koneth



»Zuallererst: Hut ab vor all jenen, die es geschafft haben, das Corona-Virus in eine weltweite Gesundheitskrise und in eine Pandemie zu verwandeln. Danke an die Panik verbreitenden Medien, danke an die diktatorische Politik, danke an die korrumpierten und dogmatischen Wissenschaftler. Dank euch haben wir begriffen, was wir NICHT wollen.«

Mit diesen klaren Worten wendet sich Dr. Louis Fouché an die Regierungsvertreter der Grande Nation. Der Anästhesist aus Marseille ist die Galionsfigur der französischen Demokratiebewegung und Sprecher des Kollektivs »Reinfocovid«, das aus Tausenden Ärzten und Wissenschaftlern besteht und der französischen Corona-Politik die Stirn bietet. Mit Sachverstand, Menschenliebe und immensem Erfolg.

Die Demokratiebewegung ist in ganz Frankreich aktiv. Und das obwohl – oder gerade weil – die Krankenhausleitung in Marseille dem kritischen Arzt den Mund verbieten wollte. Währenddessen wurde deren Postfach mit Tausenden von Emails geflutet, in denen die Franzosen verlangten, weiterhin Dr. Louis Fouchés Meinung hören zu dürfen. »Das hat mir Kraft gegeben«, sagt der Docteur, der diese Kraft unermüdlich durch Kundgebungen auf Demos, Videos im Internet und – ja, in Frankreich ist das tatsächlich möglich – Interviews mit dem Staatsfernsehen an seine Mitmenschen zurückgibt. Sein Ziel: »Den Menschen helfen, sich von der Angst zu befreien und die Wut in Mut umzuwandeln.«–Weiterhin viel Kraft, Docteur Louis Fouché!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Louis Fouché verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli.



Ja!

Republik, Gewaltenteilung, Demokratie

Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Texte, Audio und Video: Siehe demokratischerwiderstand.de

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de, Bewegung Leipzig und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in unserer gesamten Republik verbreiten.

Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 48. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Wer bin ich – und wenn ja – ein Linker?

EINWURF *von Werner Köhne*

Köln vor ein paar Tagen: Das von der Antifa mir entgegengebrüllte »Halt die Fresse, du Nazi« noch im Ohr, frage ich mich: Bin ich noch ein Linker? Dazu ein skizzenhafter Rückblick.

1967, gerade aus dem Klosterinternat geflogen. Im Rausch der neuen Freiheit konfrontiere ich bei einer Kundgebung den Kanzler Kurt Georg Kiesinger mit seiner Nazivergangenheit. Empörung im Saal. Einige Sauerländer der Schützenfestmarschierer rufen mir zu: »Rübe ab, du Gammler«. »Herbst der Gammler«, so auch der Titel eines Films damals. Er dokumentiert mittels langsamer Kamerafahrt über die hasserfüllten Gesichter von Passanten, dass die meisten Deutschen noch faschistisch tickten.

1973: Kurzzeitig als Nachtwächter in Düsseldorf tätig, mache ich Bekanntschaft mit den hungerstreikenden Anverwandten von Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhoff Sie fordern vor dem Justizpalast ein Ende der Isolationsfolter. Wie sie da in Decken gehüllt sitzen – ein statuarisches Bild. Dass ich damals nicht in den Untergrund wechselte – eher Zufall. Oder doch ein Rest des Bauernjungen in mir?

In den späten 70ern dann diese Ernüchterung: Die links/alternative Bewegung, zwischen Erdung und Utopie gestartet, verkümmert zum Milieu – eine Posse: Da treffen sich der promovierte Taxifahrer, der keine Lehrerstelle mehr bekam, mit dem verbeamteten Studienrat und dem Erben aus Tübingen in der Kneipe in Kreuzberg, hören dieselben Songs, teilen dieselben Ideen. Der Besitzer der Kneipe wird in wenigen Jahren zum Millionär. Aus links kann man also Kapital schlagen: In diesem Klima entwickelt sich die Toskanafraktion – eine Vorform der Grünen.

1989: Der Mauerfall – bis heute ein Fall, der manche Argumentationsschleifen der linken Welterklärung zu Fall bringt. Spätestens 1998 nach dem Kosovo-Desaster konnte man/frau kein Linksgrüner mehr sein. Die Partei »Die Linke« selbst blieb bis heute Partei, kein Auffangbecken mehr für soziale Bewegungen. Seither irrlichtert das linke Projekt durch die Lande, heimatlos, geschichtslos, oft auch freudlos. Zuletzt dann: Mit dem Slogan »Gegen Rechts« krabbelt die geschrumpfte Kohorte »Links« auf Muttis Schoß. Im Corona-Bann schließlich gewinnt eine stalinistische Zielsetzung unter Linken wieder an Gewicht: Die staatlich gesteuerte Beglückung der »Massen« – zu Lasten der Freiheit. Wie geht diese Auszehrung einer Utopie weiter – wie?



»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.

Viele Nebenwirkungen, minimaler Schutz

Impfstoffe: Studien zeigen erhöhte Sterblichkeit und unnötige Risiken. | Von Markus Fiedler

Die Datenbank der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) verzeichnet knapp eine halbe Million registrierter Nebenwirkungen, jetzt gibt es eine Veröffentlichung in *The Lancet*, die entgegen den ständigen Verlautbarungen aus Regierungskreisen massive Zweifel an der tatsächlichen Wirkung der COVID-19-Impfungen aufkommen lässt.

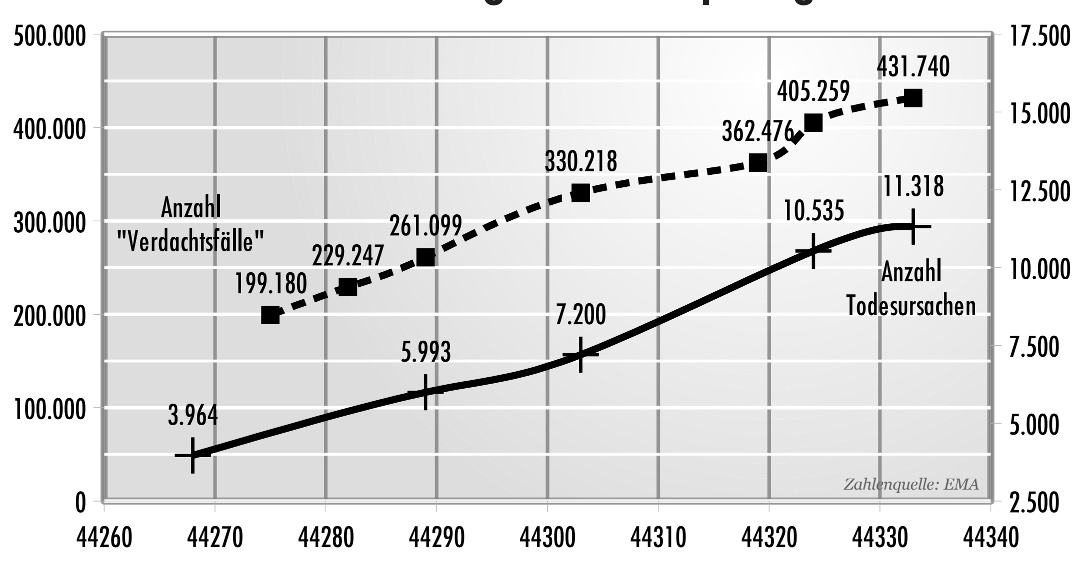
Derzeit sind laut europäischem »Vaccine-Tracker«, also dem Impfungszähler, insgesamt 185.576.663 Impfdosen in Europa verabreicht worden. Davon entfallen 143 Millionen Impfdosen auf Biontech/Pfizer, 48 Millionen auf Astrazeneca, 20 Millionen auf Moderna, 2,6 Millionen auf Johnson & Johnson und 1,8 Millionen auf Sputnik V.

Die aktuellen Zahlen der EMA zu den Nebenwirkungen sind nach wie vor alarmierend und steigen stetig. Die Anzahl der sogenannten »Verdachtsfälle« liegt mit Stichtag vom 17. Mai nach rund fünf Monaten Impfkampagne bei 431.740. Der Impfstoff von Astrazeneca führt diese unschöne Statistik mit 222.071 Fällen an, gefolgt von Biontech/Pfizer mit 179.658 Fällen. »Verdachtsfälle« sind die gemeldeten Nebenwirkungen im zeitlichen Zusammenhang mit Impfungen der Impfstoff von BioNtech/Pfizer, Astrazeneca, Moderna und Johnson & Johnson zusammengerechnet. Darunter sind insgesamt etwa ein Drittel schwerste Nebenwirkungen wie Thrombosen, Sehstörungen bis Erblinden, Hörschäden bis zum Hörverlust, Gesichtslähmungen und Fehlfunktionen des peripheren Nervensystems, darunter Taubheitsgefühl und Lähmungen der Gliedmaßen. Für den russischen Impfstoff »Sputnik V« gibt es übrigens immer noch keine Daten in der Datenbank.

Derzeit sind 11.318 Todesursachen im Zusammenhang mit Impfungen in der Datenbank verzeichnet. Zu beachten ist, dass pro Fall mehrere Todesursachen genannt werden können, es handelt sich also hierbei nicht um die Anzahl der Toten. Dennoch dürfte hier eine hohe Dunkelziffer nicht registrierter Fälle existieren, da viele Ärzte den Zusammenhang zwischen Impfung und Todesfolge nicht herstellen. Diese Fälle tauchen dann regelmäßig bei positivem Corona-PCR-Test als Corona-Tote auf. Das führte im Frühjahr 2021 mit Start der Impfungen zu einem sprunghaften Anstieg der Corona-Todeszahlen.

Aus Israel brechen die Hiobsbotschaften derweil nicht ab. Auf der Website Nakim.org wurden weitere Berichte zur erhöhten Sterblichkeit im Zusammenhang mit den Impfungen mit Biontech/Pfizer gemeldet. Die Wissenschaftler Haim Yativ und Dr. Seligmann kamen nach Analyse einer fünfwöchigen intensiven Impfkampagne zum Schluss, dass die Impfungen 40 mal mehr Tote verursacht haben, als die Krankheit COVID-19 bei ungeimpften Personen hervorgerufen hätte. Innerhalb der jungen Bevölkerung lag der Wert sogar um das 260-fache höher.

Nebenwirkungen der Impfungen



Gemeldete »Verdachtsfälle« und Todesursachen im Zusammenhang mit Corona-Impfungen.

REALE IMPFWIRKUNG UNTER EINEM HALBEN PROZENT

Gegenüber diesen eklatanten Nebenwirkungen sind die gewollten Wirkungen stark umstritten. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Wirkung der Impfungen deutlich geringer ist, als immer verkündet wird. Immer häufiger tauchen Fälle auf, wo zweifach durchgeimpfte Patienten trotz allem mit Sars-Cov-2 infiziert wurden. Nicht wenige Geimpfte sterben daran. Dass die Covid-Impfstoffe sogar negative Auswirkungen auf die Immunität gegen Covid haben können, haben Dr. Wolfgang Wodarg und Prof. Sucharit Bhakdi mehrfach betont. Am 20. April 2021 erschien ein Kommentar der Wissenschaftler Piero Olliaro, Els Torreele und Michel Vaillant in der hoch angesehenen Fachzeitschrift »The Lancet«. Titel: »COVID-19 vaccine effica and effectiveness—the elephant (not) in the room«. Offiziel soll die »relative Risikominderung«, auf Englisch die *Relative Risk Reduction* (RRR), die Leistungsfähigkeit der Impfstoffe wiedergeben. Die offiziell Risikominderung, nach zweimaliger Impfung an Covid-19 zu erkranken, beträgt demnach 95 Prozent für den Impfstoff von Biontech/Pfizer, 94 Prozent für Moderna, 67 Prozent für Johnson & Johnson und 67 Prozent für Astrazeneca. Nach ausführlicher Analyse der Studien zur Wirksamkeit der Impfstoffe kamen die Autoren aber zu einem sehr interessanten Ergebnis. Während die relative Risikominderung (RRR) nur die Teilnehmer berücksichtigt, die vom Impfstoff profitieren können, zeigt die »absolute Risikominderung« (ARR) die Wirkung auf die gesamte Bevölkerung unter Einbeziehung des tatsächlichen Risikos, unter normalen Bedingungen überhaupt an Covid-19 zu erkranken. Der Impfstoff von Biontech/Pfizer kommt bei der relativen Risikominderung von 95 Prozent so nur auf eine absolute Risikominderung von 0,46 Prozent. Kein Druckfehler. Im Klartext: Man lässt sich gegen eine Krankheit impfen, für die kaum ein Erkrankungsrisiko besteht. Daher ist dann folgerichtig auch die reale Impfwirkung unter einem halben Prozent. Das ist wie der Kauf eines Kühlschranks am Nordpol: Es ist sinnlos. Bei den Impfungen gegen Sars-Cov-2 kommt allerdings gegenüber dem Kühlschrankbeispiel erschwerend hinzu, dass die Patienten mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben spielen. Schöne neue Corona-Welt!



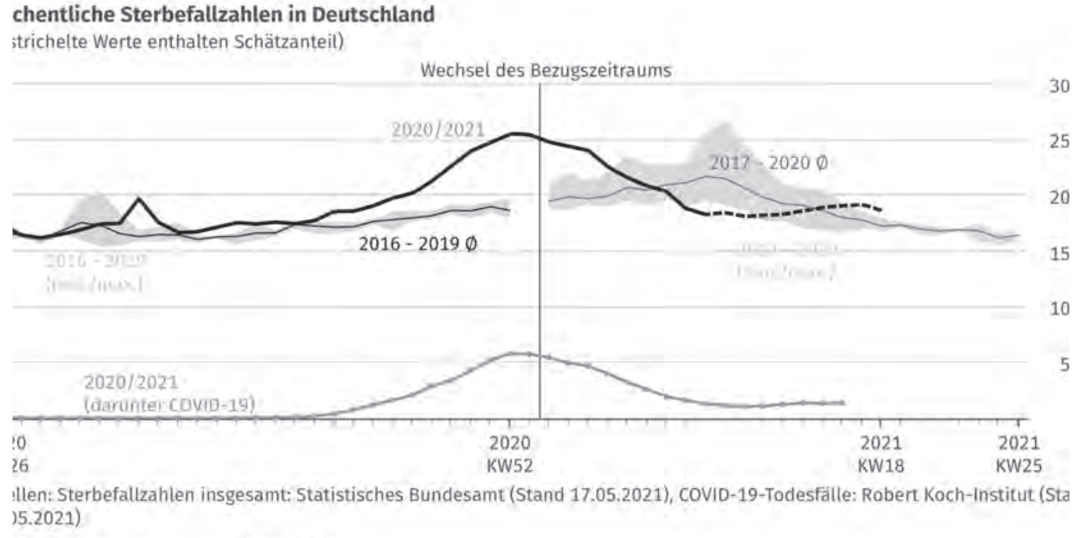
Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

Bild: Grundgesetz2020.de

MELDUNG

MIT EINEM MONAT VERSPÄTUNG: ÖFFENTLICHE DEBATTE ZIEHT NACH

DW/Berlin. Ein Thesenpapier der Wissenschaftlergruppe um Prof. Matthias Schrappe sorgt seit seiner Veröffentlichung am vergangenen Sonntag für eine erhellende Debatte. Die Autoren kommen unter anderem zu dem Schluss, dass es nie eine »relevante Verschlechterung der Intensivversorgung« in Deutschland gegeben hat, eine »Überversorgung von Covid-positiv-Getesteten« zu befürchten ist, eine Abnahme der aktiv tätigen Pfl -gekräfte statistisch nicht nachweisbar ist und ein Absinken des Alters der intensivmedizinisch behandelten Corona-Patienten nicht stattfindet. Besondere Aufmerksamkeit erfährt die Beobachtung der Autorengruppe, dass circa 3.000 Intensivbetten aus dem DIVI-Intensivregister verschwunden sind, für welche die Krankenhäuser wohl Gelder erhalten haben, obwohl sie niemals benutzbar waren. DW berichtete darüber am 24. April 2021 in Ausgabe 45. (hes)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

BILL GATES IST GRÖSSTER EIGENTÜMER VON AGRARLAND IN DEN USA

Washington D.C./DW. Der Multimilliardär Bill Gates besitzt knapp 100.000 Hektar landwirtschaftlicher Flächen und ist somit der größte private Agrarlandbesitzer in den USA, so berichtet die US-Zeitschrift »The Land Report«. Die über 18 Bundesstaaten verteilten Flächen wurden für überdurchschnittlich hohe Preise gekauft. Das stellt demnach ein großes Problem für die lokalen Landwirte dar, denn sie werden vom Markt – und letztlich vom Land – verdrängt, weil die Bodenpreise extrem in die Höhe getrieben werden. (rop)

WISSENSCHAFTLER FORDERN SOFORTIGEN IMPFSTOPP

Berlin/DW. Eine Gruppe von führenden Wissenschaftlern, Ärzten und Politikexperten aus aller Welt um die französische Genetikerin Alexandra Henrion-Claude stellt in einem Bericht die Sicherheit und Wirksamkeit der Covid-19-Impfstoffe in Frage. Sie fordern das sofortige Einstellen aller Impfprogramme. Die als »Impfstoffe verwendeten Therapien entsprächen nicht der Definition des Wortes Impfstoff und sollten genaugenommen als Gentherapie oder Impfvektortherapien bezeichnet werden. Sie wollen die Studie an alle führenden Politiker schicken und an alle, die mit der Produktion und Verteilung der Impfstoff zu tun haben. (rop)

BUNDESREGIERUNG ZÄHLT 2.700 DEMOS DER DEMOKRATIEBEWEGUNG

Berlin/DW. Die Bundesregierung geht davon aus, dass nur seit August 2020 2.700 Demonstrationen gegen das Corona-Regime der Regierung Merkel auf dem Bundesgebiet stattfanden. Nur 28 davon wurden von sogenannten Rechtsextremen organisiert. Das meldete die Propagandagazette Tageszeitung *taz* unter Berufung auf eine Anfrage der Fraktion der Partei Die Linke im Bundestag. Bereits vor dem August 2020 hatten seit 28. März über 1.000 Kundgebungen der Demokratiebewegung nichtohneuns.de bundesweit stattgefunden. (ale)

BIDEN-WAHL WIRD FRAGLICH: ARIZONA ZÄHLT STIMMEN NEU AUS

Phoenix/DW. Im US-Bundesstaat Arizona müssen die Stimmen der US-Präsidentschaftswahl neu ausgezählt werden. Laut Meldungen werden 2,1 Millionen Stimmen überprüft. Dies erzwang die Republikanische Partei des vormaligen Amtsinhabers Donald Trump gerichtlich. Bei der US-Präsidentschaftswahl im November 2020 war es zu erheblichen Unregelmäßigkeiten gekommen. So dauerte die Auszählung wochenlang und Briefwahlstimmen kehrten in mehreren US-Bundesstaaten die Prognosen vom Wahlabend um. In Arizona hatte der im Januar von Medienkonzernen zum Wahlsieger erklärte Joe Biden nur mit rund 11.000 Stimmen Vorsprung gewonnen. Zuletzt weigerten sich laut US-Medien einige Beamte im Kreis Maricopa, Daten für die gerichtlich bestellten Wahlprüfer zur Verfügung zu stellen. (ale)

Cui bono? – Wem nützt es?

Polizeigewalt ist dieser Tage ein sehr ernstzunehmendes Problem in den USA, aber auch hier in Deutschland. Zu ihrer politischen Instrumentalisierung schreibt Vicky Richter

Die Telegram-Kanäle sind voll von 30 Sekunden-Videos mit teils vermeintlicher und teils wahrer Polizeigewalt auf amerikanischen, wie auch deutschen Straßen. Aber warum ist das so? Wem nützt dieses Mantra »Polizei der Feind« – der Polizei, den Demonstranten, der Regierung oder den Globalisten?

Die Black-Lives-Matter-Bewegung hat in den USA eine große Kluft in die Gesellschaft getrieben, die weit über die eigentliche Thematik der Rassendiskriminierung hinausgeht. Das es eine höhere Anzahl an unverhältnismäßigen Verhaftungen und Tötungen afro-amerikanischer Täter durch die Polizei in den USA gibt, steht außer Frage. Jedoch wurde dieses Thema einerseits von Politikern genutzt, um eine Anti-USA-Agenda voranzutreiben, andererseits von den Medien für eine einseitige Berichterstattung.

Der Tod von George Floyd war eine Tragödie und derartiges sollte nie wieder geschehen. Jedoch war nach neusten Erkenntnissen aus einer zweiten Kameraperspektive und der Aussage des Polizeipräsidenten bei der Gerichtsverhandlung der Ablauf anders, als *Mainstream*-Medien wie *CNN* und *ARD* berichteten. Denn in dieser Aufnahme ist zu sehen, dass das Knie des Polizisten nicht auf dem Hals lag, sondern auf dem Schulterblatt. Ferner zeigte der toxikologische Befund eine erhöhte Anzahl an Amphetaminen im Körper von Floyd, was zu einer erhöhten Herzfrequenz und Atemfrequenz führen kann. Die Polizeiberichte früherer Vergehen von Floyd, zeigen einen Schwerkriminellen, der in Drogengeschäften involviert war und seine damalige schwangere Verlobte mit einem Messer bedrohte und verletzte.

Der Tod der 16-jährigen Ma'Khia Bryant ging auch durch die links-orientierten Medien und wurde als rassistisch motivierte Tat instrumentalisiert. Was sie aber nicht berichten war, dass Bryant dabei war, ihr Opfer mit einem Messer zu verletzen oder gar zu töten, bevor sie erschossen wurde.

REAKTIONEN AUF DIE PROTESTE UND DIE ANTI-COP-AGENDA

Diese einseitige Berichterstattung beziehungsweise die immer mehr vorherrschenden Anti-Cop-Narrative fördern den Hass und die Spaltung in der amerikanischen Bevölkerung. Diese Spaltung reicht bereits so weit, dass Polizisten bei manchen Fast-Food-Ketten nicht mehr



Demokraten protestieren am 13 April 2021 beim Bundeskanzleramt gegen das neue Infektionsschutzgesetz 28

bedient werden oder eine »Defund The Police« (Aussetzung der Bezahlung der Polizeibeamten) von der Polizeispitze in einigen demokratisch geführten Bundesstaaten gefordert wurde.

Als die Stadtverwaltung in Atlanta im US-Bundesstaat Georgia dies im Mai 2020 durchzog und die Vergehensrate exorbitant in die Höhe schoss, weil kein Polizeibeamter auf die Notrufe reagierte, musste die Stadt die Maßnahme nach zwei Tagen wieder zurückziehen. Ferner bildeten sich Gegenbewegungen wie Blue-Lives-Matter (übersetzt etwa: Blaue Leben zählen), die sich für eine bessere Akzeptanz von Polizisten und deren Arbeit einsetzen, oder All-Lives-Matter, die gegen eine allgemeine Spaltung der Bevölkerung die Stimme erhob.

DEUTSCHLAND UND DIE ZWEIKLASSENDEMONSTRATIONEN

Schaut man nach Deutschland findet man sich in einer Zweiklassengesellschaft bei Demonstrationen wieder. Einerseits gibt es die Corona-Maßnahmen-kritischen Demonstrationen für Grundrechte und Demokratie, die durch die Altmedien in die rechte Ecke geschoben und durch die Polizei, so scheint es, »niedergeknüppelt« werden. Und andererseits finden die Demonstrationen der Antifa oder von *Fridays For Future* (FFF) statt, anscheinend ohne »große« Vorfälle.

Demonstrationen für Grundrechte, die sich gegen die Corona-Maßnahmen richten, werden wegen den bizarrsten Gründen verboten und frühzeitig aufgelöst, während die Polizeikräfte die Proteste der Antifa, auch bei gewaltigen Vorfällen, selten auflösen und diese praktisch immer von den Behörden zugelassen werden.

Der Grund, warum bei Demonstrationen in Deutschland mit zweierlei Maß gemessen wird, ist, dass unsere Regierung nur Demonstrationen billigt, die ihrer Agenda oder der der Globalisten dienen. Ein Klima-Camp in Augsburg zum Beispiel kann

Freibrief für Ärzte »unethisch«

Durch die neue Änderung des Infektionsschutzgesetzes wird den Ärzten das Impfen erleichtert. Ist das im Sinne der Bevölkerung? | Von Casey Koneth

Die Regierung ändert mal wieder das Infektionsschutzgesetz. Neben der Pflicht für Schüler und Lehrer, sich zweimal pro Woche testen zu lassen, besteht jetzt auch eine Haftungserleichterung für Ärzte in Bezug auf mögliche Impfschäden. Ärzte können nun den Impfstoff von Astrazeneca ohne persönliches Haftungsrisiko an unter 60-Jährige spritzen, obwohl er für diese Altersgruppe nicht zugelassen ist.

Die STIKO hatte den Impfstoff aufgrund von Hirnvenenthrombosen, die infolge der Impfung aufgetreten sind, nur für Menschen ab 60 Jahren empfohlen. Bedeutet: Wenn ein Arzt den Impfstoff jüngeren Menschen verabreicht, tut er dies auf eigenes Risiko. Ein sogenannter »Off- abel-Use«, bei dem Medikamente und Impfstoffe auch außerhalb des von den Zulassungsbehörden genehmigten Gebrauchs von Ärzten verordnet und verwendet werden können, ist zwar keineswegs neu oder *per se* bedenklich. Allerdings ist der Arzt in diesem Falle mit einer besonderen Hürde konfrontiert: Er muss den Patienten sowohl über die Risiken als auch über den nicht zugelassenen Gebrauch des Impfstoffs aufklären, die ärztliche Aufklärung ausführlich in der Patientenakte dokumentieren – und haftet im Falle eines Schadens. Klar, dass sich die Ärzte da zweimal überlegen, ob sie ein solches Risiko eingehen.

Dieses Risiko wird durch die neue Gesetzesänderung in Bezug auf die Sars-Cov-2-Impfungen nun getilgt. Und zwar

seit Monaten unbehelligt neben dem Rathaus mit Zelten campieren. Eine Demonstration für den Erhalt der Grundrechte, die über mehrere Tage gehen sollte, wurde in Berlin verboten. Frei nach dem Motto: Klimademos sind »gewünscht« und passen in den Plan der angehenden »Klimadiktatur« in Deutschland. Das Demonstrieren für den Erhalt der Grundrechte allerdings, ist eine offenkundig Kritik an dieser Agenda und muss kontrollierbar gehalten oder sogar im Keim erstickt werden.

In Deutschland ist seit langem das Thema der vermeintlichen oder tatsächlichen Polizeigewalt in beiden Lagern unvermeidlich seien, um die Sicherheit in Zeiten einer Pandemie zu wahren.

Im Lager der Corona-Kritiker werden diese Bilder bewusst gestreut, um Hass und Wut gegenüber den ausführenden Polizeibeamten zu erzeugen, zu schüren und anzuheizen. Nach über 14 Monaten des Demonstrierens und Ermahnens, sind viele Demonstranten zu Recht frustriert und wütend. Diese natürlichen Ermüdungserscheinungen können dann zu einem Fehlverhalten gegenüber Polizeikräften führen. Dieses Verhalten wird dann meist verhältnismäßig, doch manchmal sehr unverhältnismäßig von den Polizeibeamten eingedämmt.



ßb und c. Foto: Hannes Henkelmann

stark präsent. Dazu werden häufig kurze Videoausschnitte verwendet, die nur einen Teil des Geschehens zeigen – nämlich den »brutalsten«. Jedoch sieht man anhand dieses Ausschnittes nicht, wie es zu der rüden Maßnahme der Polizeibeamten gekommen ist.

Im Lager der Konsumenten der Mainstream-Medien sollen diese Bilder die Bevölkerung vor den vermeintlich höchst aggressiven und gefährlichen Gefährdern – den Corona-Kritikern – warnen und den Zusehern das Gefühl geben, dass sie auf der richtigen Seite stünden, wenn sie auf dem Sofa bleiben. Weiter soll das Meinungsbild aufgebaut und verstärkt werden, dass die rüden und unverhältnismäßigen Maßnahmen der Polizei gegenüber friedlichen Demonstranten gerechtfertigt und auch

POLIZEIGEWALT IST NICHT GLEICH POLIZEIGEWALT

Der 21. April dieses Jahres war ein wichtiges Datum für die Freiheitsbewegung. In Berlin gab es mehrere Demonstrationen gegen die Erweiterung des Infektionsschutzgesetzes und die daraus folgenden Verschärfungen. An diesem Tag wurden vielfach Situationen provoziert, in denen die Polizei gegen Demonstranten harsch und unverhältnismäßig eingegriffen hat. Es entstanden Bilder mit starker medialer Wirkung. Eine ältere Frau wird erst zu Boden gebracht und dann weggeschleift. Das sieht in den bekannten 30-Sekunden-Videos, die in vielen Gruppen viral gingen, sehr martialisch aus und fördert das Narrativ des Feinbildes Polizei. Die ganze Aufnahme der Situation aus einer anderen Kameraperspektive sieht jedoch anders aus: Die Frau scheint den Polizisten mehrfach beleidigt und auch die Hand gegen ihn zu erheben, um ihn zu schlagen. Dass ein Polizist, einen »Störer« zu Boden bringt, kann eine legitime Maßnahme sein. Jedoch die Frau dann über den Boden zu schleifen, nicht, das ist unverhältnismäßig. In Frankfurt am 11. April gab es eine Szene, bei der Markus Haintz, nachdem er von einer Gegendemonstrantin beleidigt und angegriffen wurde, von der BFE-Einheit zu Boden gerissen und mit dem Knie in Kopfnähe auf den Boden gedrückt wurde. Hier wurde das eigentliche »Opfer« wie ein Täter behandelt und das ist höchst unverhältnismäßig. Gegen diesen Polizisten wird bereits ermittelt.



WAS SOLLEN DIESE BILDER ODER AKTIONEN AUF DEMONSTRATIONEN BEWIRKEN?

Es ist allgemein bekannt, dass die Teilnehmenden der Demonstrationen für Grundrechte und Demokratie überwiegend friedlich sind und sich auch nicht von »Agents Provocateurs« zu einem aggressiven Verhalten provozieren lassen. Dasselbe ist auf der Seite der Polizei zu finden, dort führt auch der Großteil der Beamten ihre Befehle korrekt und verhältnismäßig aus. Das Schaffen eines Feindbildes in beiden Lagern ist klares Ziel dieser Aktionen. Denn wenn zwei sich streiten freut sich der Dritte und in Deutschland ist dies klar die Regierung und alle jene, die von den Maßnahmen profitieren

WEM NÜTZT ES – ODER TEILE UND HERRSCHE

Ein Feindbild nutzt schlussendlich nur einem, der dritten Partei. Wer diese dritte Partei in den USA sein mag, darüber lässt sich viel spekulieren. Nur eines ist klar: Die Anwendung der Herrschaftsmethode »Divide et impera« (teile und herrsche) wird aktuell sowohl in den USA als auch in Deutschland angewandt. Durch gezielte Spaltung wird die zu beherrschende Gruppe (zum Beispiel ein Volk oder eine Partei) in mehrere kleinere Untergruppen mit widerstrebenden Interessen aufgespalten, um sich gegenseitig zu bekämpfen. Hierdurch sollen die einzelnen Organisationen geschwächt und beherrschbar gemacht werden und sich nicht mehr gemeinsam gegen den eigentlichen Gegner aufstellen. Bereits die alten Römer haben dieses Herrschaftsmodell angewandt, es funktioniert noch heute.

---

rückwirkend ab dem 27. Dezember 2020, also dem Start der Covid-19-Impfungen. Dazu Notfallmediziner und Publizist Dr. Paul Brandenburg: »Wenn das Haftungsrisiko wegfällt, wird es den Ärzten leichter gemacht, es mit der Aufklärung des Patienten nicht so genau zu nehmen.« Dieser Eindruck lässt sich auch aus dem Impfaufklärungsleitfaden gewinnen, den die Kassenärztliche Bundesvereinigung auf ihrer Internetseite zur Verfügung stellt. Darin werden die Ärzte zwar aufgefordert, den zu impfenden Personen das Aufklärungsmerkblatt vom RKI auszuhändigen, aber: »Ein Aufklärungsgespräch ist nicht zwingend erforderlich, aber anzubieten.« Sprich: Wenn die zu impfende Person keine Fragen stellt, ist die »Impfaufklärung« mit dem RKI-Merkblatt erledigt und man kann direkt zur Spritze übergehen. Anschließend werden die Ärzte noch dazu angehalten, sich rechtlich abzusichern: »Dokumentieren Sie in der Patientenakte, dass Sie die zu impfende Person aufgeklärt haben und die Person eingewilligt hat.« Die Haftungsregelungen seien im Infektionsschutzgesetz geregelt.

Nachdem die EU-Arzneimittelbehörde EMA bereits am 7. April die uneingeschränkte Anwendung des Astrazeneca-Impfstoffs empfohlen hatte, gibt inzwischen auch die STIKO trotz ihrer Empfehlung, den Impfstoff nur Menschen ab 60 Jahren zu verabreichen, den Ärzten grünes Licht, die eigene Empfehlung zu ignorieren: »Der Einsatz der Covid-19 Vaccine Astrazeneca unterhalb dieser Altersgrenze bleibt indes nach ärztlicher Aufklärung und bei individueller Risikoakzeptanz durch den Patienten möglich.« Die Änderung des Infektionsschutzgesetzes nimmt den Ärzten nun die letzte Hürde, den Astrazeneca-Impfstoff unter 60-Jährigen zu injizieren. Denn im Falle von Impfschäden haften nicht mehr die Ärzte, sondern der Staat. Ärztevertreter und die KBV bejubeln die neue »Rechtssicherheit«. Dr. Paul Brandenburg hingegen warnt: »Wenn das Haftungsrisiko für Ärzte wegfällt und die Ärzte vor den wirtschaftlichen Folgen einer Impfung geschützt werden, ist das unethisch.« Die Honorarärzte in den Impfzentren kassieren übrigens rund 150 Euro pro Stunde. Kassenärzte, die in ihrer Praxis impfen, können pro Covid-19-Impfung 20 Euro abrechnen, bei einem Hausbesuch gibt es 55 Euro. Schnell verdientes – und mit dem neuen Gesetz auch sicher verdientes – Geld. Aber ist das auch im Sinne der Bevölkerung, die es zu schützen gilt?



DEMOKRATIE – DER WIDERSTAND AUF DER STRASSE

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Die Teilnehmerzahlen der Demos der Freiheitsbewegung sind aktuell rückläufig. Die Frage ist, wie ist dies einzuordnen? Manche sagen, die Straße sei entschieden, spätestens nach Weimar. Ist dem so? In jedem Fall hat sich die Demokultur gewandelt, was auch nötig war. Spätestens seit Kassel sind die Bühnen in den Hintergrund getreten, die Menschen gehen lieber auf die Straße. Der Staat versucht Demonstrationszüge bereits seit August 2020 mit rechtswidrigen und verfassungsfeindlichen Verboten sowie Gewalt(androhungen) zu verhindern, mit mäßigem Erfolg.

Die Demoverbote in Frankfurt und Stuttgart im April 2021 haben zwar gezeigt, dass sich die Demonstranten in Deutschland durch Verbote mehr abschrecken lassen als in anderen Ländern. Allerdings hat sich die Bewegung auch daran anpasst, wie Weimar gezeigt hat. Die Bilder aus Weimar gingen um die Welt. Die Altmedien haben die Aktion trotz der streitbaren Symbolik der weißen Rosen praktisch nicht aufgegriffen Es wurde zwar berichtet, allerdings recht neutral und ohne das erwartbare *Framing*. Zu stark waren die positiven Bilder der Freiheitsbewegung, zu negativ die des Staates, der Herzen, Briefe und Blumen als »Müll« entsorgt hat. Wir befinden uns in einem Medienkrieg, es geht um Bilder, Propaganda und die Verbreitung von Angst auf der einen und Hoffnung auf der anderen Seite. Es geht nicht um akademische Argumente auf einer Bühne oder in einem Gerichtssaal. Es geht in dieser Krise auch nicht um Gesundheit, es geht – wie immer – um Macht und Geld.

Die Macht der Bilder darf dabei nicht unterschätzt werden. Die Krise wurde der Bevölkerung mit den Bildern aus Bergamo und von vermeintlich überfüllten Krankenhäusern medial verkauft. Akademische Argumente helfen nicht gegen (Todes-)Angst. Hoffnung positive Bilder (Weimar), ziviler Ungehorsam im Alltag und die Angst der Täter vor Strafverfolgung helfen weit besser, auch im Sinne einer nachhaltigen Veränderung der Gesellschaft.

Auch bei den Demos um Pfingsten in Berlin wird es daher wieder darum gehen, wer die »besseren« Bilder auf seiner Seite hat. Während das System Bilder von Gewalt provozieren und sehen möchte, um das vorbereitete *Framing* zu bedienen, muss die Freiheitsbewegung positive und friedliche Bilder erzeugen, die um die Welt gehen. Jeder Demonstrant sollte sich daher fragen, welche Bilder erzeuge ich durch mein Verhalten und meinen Protest. Schrecken die Bilder ab oder machen sie Mut? Bilder und Emotionen werden auf der Straße entscheiden.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

Dieburger Skatepark befreit

Ein KOMMENTAR von Steve Schramm

Der parteilose Bürgermeister von Dieburg, Frank Haus, versuchte, auf Steuerzahlerkosten mit einer LKW-Ladung Rollsplitt den örtlichen Skatepark unbrauchbar zu machen.

Die normalste Sache der Welt: In einem Skatepark treffen sich Skater. Dies war dem Bürgermeister des hessischen Ortes nicht genehm. Er dachte, die jugendlichen Skater könnten ja vielleicht die Mindestabstände nicht einhalten, und erließ ein Skate-Verbot. Ein Gespräch mit den Jugendlichen hat er scheinbar nie gesucht. Er beschloss, dem wilden Skaten ein drastisches Ende zu setzen. Im Vorfeld kam es zu Versuchen, den Skatepark mit Flatterbändern und Baubarken zu sperren. Schließlich ließ Haus tatsächlich mehrere Tonnen Rollsplit in dem Skatepark abkippen und verteilen. Selbstverständlich nur zum Wohle der Volksgesundheit. Jeder der jemals Skateboard gefahren ist, kennt allerdings die Verletzungsgefahren die durch Rollsplitt entstehen können.

Es organisierte sich eine Gruppe Jugendlicher, die Werkzeug in die Hand nahm und dem spaß- und sportbefreiten Bürgermeister zeigte, was eine Harke ist. Am Vatertag befreiten sie ihren Skatepark. Zum Dank schickte der Bürgermeister die Polizei – zur »Aufsicht« über die Räumarbeiten. Da die Jugendlichen den geräumten Rollsplitt ihrem lieben Bürgermeister vor das Rathaus kippten, konnte die Polizei wohl feststellen, dass die Räumarbeiten ordnungsgemäß abgelaufen waren. Der Skatepark wird laut Polizei weiter beobachtet.

Auf Anfragen des DW reagierte der Bürgermeister nicht. Die Frage, ob er nun Dieburg in Schilda umbenennen wolle, blieb so leider unbeantwortet. Man darf gespannt sein, ob er sich auf dem nächsten steuerfinanzierten Wahlplakat auf einem Skateboard präsentiert. Wir beglückwünschen jedenfalls die jungen Dieburger Freiheitskämpfer zu ihrem geräumten Skatepark.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Sendet uns die Termine Eurer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

22.05.2021 10:30-13 Uhr	Prien am Chiemsee, Parkplatz Am Sportplatz	Schilderaktion Freiheitsallee
22.05.2021 11-14 Uhr	Berlin, Olympischer Platz	Pfingsten in Berlin - Sternmarsch Route West
22.05.2021 11-14 Uhr	Berlin, Mühlenstr. höhe Mercedes-Benz-Arena	Pfingsten in Berlin - Sternmarsch Route Ost
22.05.2021 11-14 Uhr	Berlin, Scharnweberstr. zw. U Scharnweberstr	Pfingsten in Berlin - Sternmarsch Route Nord
22.05.2021 11-14 Uhr	Berlin, S+U Rathaus Steglitz (Schlossstr.)	Pfingsten in Berlin - Sternmarsch Route Süd
22.05.2021 13-15 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	Kundgebung "WIR müssen reden - Immunität für Demokratie
22.05.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
22.05.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte
22.05.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese	Autokorso
22.05.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
22.05.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
22.05.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit durch Eigenverantwortung
22.05.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
22.05.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
22.05.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Marienplatz	UlliOma & Friends
22.05.2021 16-19 Uhr	Berlin, Siegessäule	Abschlusskundgebung
22.05.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
22.05.2021 10-22 Uhr (täglich)	Berlin, Bundeskanzleramt	Mahnwache am Kanzleramt
23.05.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
23.05.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
23.05.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für Grundrechte
23.05.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Viehmarkt	Autokorso für Grundrechte
23.05.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
23.05.2021 13-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Pfingsten in Berlin - Großdemo - Bühne 1
23.05.2021 13-23:59 Uhr	Berlin, Siegessäule - Richtung Brandenburger Tor	Pfingsten in Berlin - Großdemo - Bühne 2
23.05.2021 13-23:59 Uhr	Berlin, Siegessäule - Richtung Hofjäger Allee	Pfingsten in Berlin - Großdemo - Bühne 3
23.05.2021 13-23:59 Uhr	Berlin, Siegessäule - Richtung Ernst-Reuter-Platz	Pfingsten in Berlin - Großdemo - Bühne 4
23.05.2021 13-23:59 Uhr	Berlin, Kloppstockstraße - Richtung Siegessäule	Pfingsten in Berlin - Großdemo - Bühne 5
24.05.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
24.05.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Park and Ride Parkplatz	Autokorso Berlin Ost
24.05.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
24.05.2021 14-17 Uhr	BERLIN, AMPHITHEATER IM MAUERPARK	PFINGSTEN IN BERLIN - DEMOKRATIE IM MAUERPARK
24.05.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
24.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
24.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen	Demokratieflashmob
24.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
24.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
24.05.2021 15-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Brandenburger Tor	Demo für Grundrechte & Selbstbestimmung
24.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Sparkassen-Arena	Autokorso für Grundrechte
24.05.2021 19-20 Uhr (jeden Mo)	Hainichen, Marktplatz	Mut-Mach-Kundgebung
24.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	München, Max Joseph Platz (vor der Oper)	Magic Monday MediTANZion
24.05.2021 14-20 Uhr	Berlin, Masurenallee 8-14	Pfingsten in Berlin - Bezirksdemo Niedersachsen/Bremen
24.05.2021 14-20 Uhr	Berlin, Carl-Schurz-Str. 2/6	Pfingsten in Berlin - Bezirksdemo Schleswig-Holstein/ Hamburg
24.05.2021 14-20 Uhr	Berlin, Kurt-Schumacher-Platz	Pfingsten in Berlin - Bezirksdemo Mecklenburg-Vorpommern
24.05.2021 14-20 Uhr	Berlin, Breite Straße 17	Pfingsten in Berlin - Bezirksdemo Brandenburg
24.05.2021 14-20 Uhr	Berlin, Alexanderplatz	Pfingsten in Berlin - Bezirksdemo Nordrhein-Westfalen 1
24.05.2021 14-20 Uhr	Berlin, Potsdamer Platz 11	Pfingsten in Berlin - Bezirksdemo Nordrhein-Westfalen 2
24.05.2021 14-20 Uhr	Berlin, Clayallee 354	Pfingsten in Berlin - Bezirksdemo Bayern
24.05.2021 14-20 Uhr	Berlin, John-F.-Kennedy-Platz	Pfingsten in Berlin - Bezirksdemo Sachsen-Anhalt
24.05.2021 14-20 Uhr	Berlin, Mehringdamm 22	Pfingsten in Berlin - Bezirksdemo Baden-Württemberg
24.05.2021 14-20 Uhr	Berlin, Möllendorfstraße 6	Pfingsten in Berlin - Bezirksdemo Hessen
24.05.2021 14-20 Uhr	Berlin, Richardplatz	Pfingsten in Berlin - Bezirksdemo Rheinland-Pfalz/ Saarland
24.05.2021 14-20 Uhr	Berlin, Alice-Salomon-Platz (vor dem Rathaus)	Pfingsten in Berlin - Bezirksdemo Sachsen und Thüringen
24.05.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
24.05.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
24.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
24.05.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Montagsdemo
24.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
24.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
24.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
25.05.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätteplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
25.05.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
25.05.2021 17-20 Uhr (jeden Di)	Nuthetal, P+R Bhf Rehbrücke - Ladestraße	Autokorso für Grundrechte
25.05.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
25.05.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
26.05.2021 13-16 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Potsdamer Pl. Ecke Ebertstr.	Mahnwache "Im Namen der Kunst"
26.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
26.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
27.05.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
27.05.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
27.05.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
27.05.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
27.05.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
28.05.2021 16:30-18 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Fahrrad- u. Autokorso für Grundrechte
28.05.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
28.05.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Das Berliner Pfingstwunder: Die Kulmination des Protests

»Es ist unglaublich, aber die Naziverbrechen wiederholen sich.«

Andrea Drescher gehört zum Organisationsteam von Pfingsten in Berlin. Mit der engagierten Unternehmensberaterin und Journalistin sprach Sophia-Maria Antonulas.

DW: Ein Autokorso, 120 Redner und Künstler auf zehn Bühnen, 13 Bezirkskundgebungen… Wie konntet ihr all das auf die Beine stellen? Wer steckt denn eigentlich hinter dem Motto »Pfingsten in Berlin?«
Andrea Drescher: Zum innersten Kern des Organisationsteams gehören acht Privatleute, darunter sind auch eine Ärztin, ein Architekt, ein Unternehmer, eine Musikverlegerin und eine medizinische Fachangestellte. Einige von uns haben vor einem Jahr, ebenfalls zu Pfingsten, die erste genehmigte Demonstration in Berlin unter dem Motto »Kündigt Ramstein Air Base!« organisiert. Die anderen sind vom Netzwerk Impfentscheid.

Ihr habt schon zahlreiche Schweigemärsche veranstaltet. Warum nun diese fulminante Kulmination an gleich vier aufeinanderfolgenden Tagen hier in der Hauptstadt?
Die Regierung hat auf die Schweigemärsche, die ja unter dem starken Prinzip *Schwarze Wahrheit* funktionieren, nicht reagiert. Daher haben wir Anfang des Jahres beschlossen, richtig laut zu werden. Wir wollen unsere Grundgesetze gewaltfrei wiedererlangen, mit rechtsstaatlichen Mitteln uns den Rechtsstaat zurückholen. Die Verantwortlichen sitzen nun mal in Berlin. Eine wichtige Möglichkeit sich zu wehren, ist es also, hier auf die Straße zu gehen. Aber wir wollen nicht nur der Regierung, sondern auch den Menschen in der Hauptstadt zeigen, dass wir mit dem, was die Regierung da abzieht, nicht einverstanden sind, und es immer mehr Mutige gibt, die sich für unsere Grund- und Menschenrechte einsetzen.



Demontranten ziehen am 15. Mai durch Berlins Straßen. *Foto: Friedichsberger*

Was antwortest du den Berlinern, die jetzt vielleicht sagen, dass es doch Lockerungen gibt?
Bis jetzt ist nach jeder Lockerung alles nur noch schlimmer geworden. Und ich sage hier lieber nicht, was ich über Eltern denke, die ihren Kindern die neuartigen Corona-Impfungen injizieren lassen. Die letzte Grenze ist überschritten, wenn sie an Kinder und Säuglinge wollen. Präsenzunterricht gibt es bald nur mehr für getestete Schüler. Der Nürnberger Kodex wird nicht mehr eingehalten. Wer einfach nur gesund ist, dem wurde auch die Reisefreiheit schon entzogen. Menschen müssen in Deutschland wieder Angst vor Repressalien haben. Es ist unglaublich, aber die Naziverbrechen wiederholen sich.

Wann habt ihr begonnen Pfingsten in Berlin zu organisieren? Ist das eigentlich eine Querdenken-Demonstration?
Wir haben dieses lange Wochenende rund zweieinhalb Monate lang geplant und organisiert. Und das ist natürlich unsere Demo! Wir arbeiten jedoch mit allen Initiativen zusammen, die sich gewaltfrei für Grundrechte und Demokratie einsetzen und die Rechtsstaatlichkeit wiederherstellen wollen. Mit der Zeit haben sich uns immer mehr Organisationen angeschlossen. Darunter sind Querdenken, Es reicht!, der Demokratische Widerstand und viele andere. Was uns verbindet, ist die Tatsache, dass wir trotz des Drucks, der Drangsalierungen und des allgemeinen Wahnsinns nicht aufgeben.

Was wäre für dich das Pfingstwunder von Berlin?
Kurzfristig: Dass wir noch mehr Menschen Mut machen, sich zu engagieren. Und dass wir gemeinsam die Politik schließlich dazu bringen, statt für Konzerne für die Bevölkerung da zu sein.

Nicht nur Demos, auch Menschen verändern sich…

Unser rasender Reporter Clark Kent berichtet aus Kiel.

Aus irgendeinem Grund habe ich das mit dem *Lockdown* nicht verstanden, denn ich habe so wenig Zeit wie noch nie. So kam ich am Samstag in Kiel zu spät beim Umzug an. Superman wollte die Polizei kurz nach dem Standort des Umzugs fragen, da passierte etwas ganz Eigenartiges: Die Polizisten waren weder abwertend, noch waren sie herablassend oder wollten ihn durchsuchen. Im Gegenteil, sie freuten sich und wollten ein Selfie mit ihm machen.

Am Treffpunkt angekommen, waren dort wieder Polizisten – und siehe da, auch die waren sehr freundlich, sehr entgegenkommend und einladend. Es hat mir schon ein bisschen Angst gemacht, aber es war endlich mal wieder ein schönes Gefühl, wenn die Polizei, »dein Freund und Helfer«, auch genau das tut, was sie soll.

Die Vorschriften waren, dass wir nur in 100er Gruppen, separiert durch einen Polizei-Mannschaftswagen losgehen durften. Apropos Apartheid: Leute mit und ohne Maske wurden voneinander getrennt. Der Umzug selbst war fantastisch. Ich hatte sogar die Chance, mit einem Beamten zu sprechen, der unsere Demos gut fand, weil wir so friedlich sind. Über die Inhalte dürfe er nichts sagen, doch machte er den Eindruck, als ob die ganz in seinem Sinne wären. Die Kieler selbst nahmen es meistens positiv auf. Nur vereinzelt gab es negative Reaktionen. Die krasseste Reaktion kam von einer Frau, die keinen Satz ohne Beleidigung sagen konnte. Ihr letzter Satz war der Knüller. »Geh doch in dein Land zurück, wo du herkommst«, sagte sie zu Superman. Er wunderte sich verdutzt, hat die junge Antifa sich jetzt mit den Nazis verbündet? Die Demonstranten hatten darauf aber sehr gut reagiert und meinten, dass Superman aus dem »Supermanland« kommen würde und sie auch alle dahin wollten.

Die anschließende Kundgebung war nicht ganz so ein Erfolg. Weder die beiden Redner am Anfang, noch der Ort waren für eine Kundgebung geeignet und so dezimierte sich die Gruppe von ungefähr 500 Menschen auf 100. Darauf reagierte der Veranstalter mit Musik, was die Stimmung anheizte und die Leute zum Tanzen animierte. Die Polizei untersagte diese Aktion mit der Begründung, dass das nichts mit Politik zu tun hätte und so wurde der »Punisher« als Redner eingesetzt. Seine Art zu erklären, dass er für die Maßnahmen sei und dass er seine Argumentationskette »nicht auf die Reihe« bekomme, amüsierte die Teilnehmenden. Zusammenfassend kann ich sagen, dass der Umzug ein Erfolg war, die Bühne dagegen unnötig – zumindest angesichts der Reaktion der Leute. Es findet ein Wandel statt – nicht nur bei den Demos.



Die Geschichte einer Kundgebung

oder Acht auf einen Streich. Gespräch mit der Krankenpflegerin Annette Boehlke | Von Hannes Henkelmann

Heute bin ich in Rinteln und treffe Annette Boehlke. Sie ist Krankenschwester und hat sich schon früh eindeutig als Maßnahmenkritikerin positioniert. Wir sprechen über ihre Erfahrungen an der Pflegefront und über den Widerstand in der Provinz.

DW: Stellen Sie sich doch bitte kurz vor.
Annette Boehlke: Ich bin 56 Jahre alt, Witwe und habe drei Kinder und zwei Enkelkinder. Ich bin seit 35 Jahren Krankenschwester in einer neurologischen Klinik, teilweise mit Intensiverfahrung. Seit Mitte Januar diesen Jahres bin ich arbeitsunfähig.

Kam es während des letzten Jahres einmal zu einem Pflegenotstand?
Es kam die Jahre zuvor öfter vor, dass wir eine Überbelegung hatten, aber 2020 waren die Pflegekräfte in unserem Hospital zu keiner Zeit überlastet. Ganz im Gegenteil, bei uns wurden diverse Betten für Corona-Patienten freigehalten, aber nie belegt. Dieses Bereitstellen war aber ein lukratives Geschäft für das Krankenhaus. Und von Kollegen aus anderen Kliniken hörte ich, dass sie aufgrund von Arbeitsmangel in Kurzarbeit wären. Übrigens kenne ich weder aus privaten noch aus dienstlichen Bezügen jemanden, der an Covid-19 schwer erkrankt oder verstorben ist.

Ihre Beobachtungen widersprechen aber dem offiziellen Narrativ. Haben Ihre Kollegen das ähnlich empfunden?
Meine Kollegen haben das natürlich auch wahrgenommen, aber nicht weiter darüber nachgedacht. Selbst die Tatsache, dass wir nur positiv getestete Covid-19-Patienten ohne Symptome aber mit anderen Erkrankungen hatten, veranlasste sie nicht, mal auf eigene Faust zu recherchieren. Im Gegenteil, ein Großteil meiner Kollegen sieht die Impfung als Rettung an. Zum einen hoffen sie, dass sie dadurch ihr altes Leben wiederbekommen, zum anderen haben sie natürlich auch Angst vor einer Kündigung. Ich habe schon vor 15 Jahren angefangen, mich über Impfungen zu informieren, weil ich damals selbst einen Impfschaden davongetragen habe. Und ich sehe die Covid-19-Impfung als toxische Genmanipulation an.



Krankenschwester Annette Boehlke klärt ihre Mitmenschen auf. *Foto: Hannes Henkelmann*

Und Sie sind sehr aktiv im Widerstand. Wie sehen Ihre Aktionen aus?
Freitags stehe ich mit meiner Gruppe immer für 1,5 Stunden an der B65 zwischen Stadthagen und Bückeburg. Mit großen aussagekräftigen Schildern. Alle zwei Wochen nehme ich am Friedensspaziergang in Espelkamp teil. Ich freue mich, dass es jedesmal mehr werden, und es so friedlich und harmonisch abläuft.

Kommen wir jetzt zu Ihrer ersten Kundgebung in Rinteln.
Am 20. Februar dieses Jahres hatte ich einen Spaziergang Für die Wahrheit über Corona beim Ordnungsamt angemeldet. Im Vorfeld gab es einige längere Gespräche mit der Behörde. Die Auflagen waren sehr streng, mehrmals musste ich mein Hygienekonzept überarbeiten. Mit dem Leiter der Polizei hatte ich ein nettes Vorgespräch, am Tag der Versammlung kam dennoch ein großes Polizeiaufgebot – zum Teil auch mit Hunden. 140 friedliche Teilnehmer, davon über 30 Kinder, gingen mit Bollerwagen, mit Friedensmusik und Herzluftballons durch die Stadt. Leider versuchten die Beamten mit allen Mitteln, diese Veranstaltung zu unterbinden. Zumindest am Marktplatz, auf dem auch Reden gehalten wurden, hielt sich die Polizei zurück. Zu meiner großen Überraschung bekam ich aber vor Kurzem einen Anhörungsbogen in einem Ordnungswidrigkeitsverfahren, das acht Anklagepunkte enthielt.

Acht? Und ich beklage mich über drei noch ausstehende Verfahren. Können Sie die Vorwürfe aufzählen beziehungsweise uns verraten, was daraus geworden ist?
Nicht ausreichende Ordneranzahl bei 130 Personen, Ordnerbinden teilweise nicht korrekt getragen. Megaphon vor der Weitergabe nicht immer desinfiziert. Als Versammlungsleiterin den Anweisungen der Polizei widersetzt. Beim Start des Demonstrationszuges nicht auf das Einverständnis der Polizei gewartet. Abstandsregeln nicht eingehalten. Ein paar Teilnehmer hätten keinen Mund-Nasenschutz getragen... Nun, mein Anwalt kümmert sich gerade um diese Angelegenheit.

Chapeau. Sie haben sich dennoch nicht einschüchtern lassen und halten weiter dagegen. Möchten Sie zum Schluss noch ein paar Worte an die Verantwortlichen der Stadt Rinteln richten?
Als Krankenschwester wollte ich mein Leben lang immer nur Menschen helfen und muss jetzt mit ansehen, was besonders den alten Menschen und den Kindern angetan wird. Wenn diese *Fake*-Pandemie aufgeflogen ist, hoffe ich, das alle zur Rechenschaft gezogen werden, die da mitgemacht haben. Nicht nur hier in Rinteln.

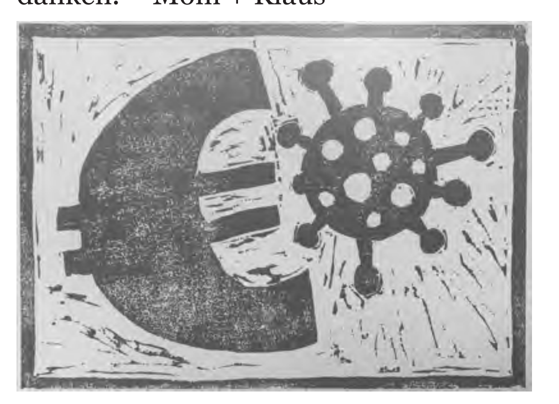
Briefe an die Redaktion

HOFFNUNG
Vielen Dank für Ihre wunderbare Arbeit, die mir hilft, in diesen schweren Zeiten zu überleben und noch einen Funken Hoffnung zu behalten. Herzliche Grüße und Gottes Segen. – Michael V.

DEMOKRATIE ERHALTEN
Ich bin 56 Jahre, staatlich geprüfter Elektrotechniker und seit 13 Jahren selbstständig. Spezialisiert auf Maschinen und Geräte der Fleischerei und Gastronomie. Ich bin, politisch gesehen, weder »Links« noch »Rechts«. Ich bin ein freiheitsliebender Mensch, der gerne in einer funktionierenden Demokratie leben würde. Oder zumindest eine solche, meinem Kind und allen Kindern dieses Landes hinterlassen möchte. Ich möchte gar nicht mehr, sondern einfach das erhalten, wofür unsere Vorfahren gestorben sind! – Wolfgang S.

KRIMINELLE POLITIK
Diese Politik ist unerträglich, bringt nichts vorwärts, ist lähmend, kriminell und geldgierig. Ich hoffe dass es doch noch eine Möglichkeit gibt, dagegen juristisch etwas zu unternehmen. Meine Kinder leiden sehr, ich auch. Diese Täter zerstören Arbeitskräfte, Unternehmer, sie machen ja nicht einmal vor Kindern halt. Es ist eine Katastrophe! Sämtliche persönliche und staatliche Ordnung wird kaputt gemacht, sämtliche Gesetze verletzt, auch Grundgesetze. – M. Z.

DANKE
Mit dieser Postkarte möchten wir Euch danken. – Moni + Klaus



KEINE GEWALTENTEILUNG
Zum ersten Satz in Ausgabe 47 »Wo ist die Vierte Gewalt der freien Presse?« muss ich sagen, es gibt keine sogenannte Vierte Gewalt. Man könnte die Presse als Dritte Gewalt bezeichnen, denn die Gewaltenteilung wird in Deutschland nicht umgesetzt. Die Judikative ist der Exekutive unterstellt. Daran ist zu sehen, dass wir noch nie eine echte Demokratie hatten. – Ingo S.

WUTBÜRGER UND SENIOR
Die Arbeitskollegen sind jetzt reserviert, weil ich meine lauten, wütenden Meinungen ausgestoßen habe. Man wendet sich ab von mir. Habe ich nun plötzlich weniger Rechte als ein Verbrecher? Muss ich meine Gesundheit unter Beweis stellen? Oder müssen mir andere eine Krankheit beweisen? Überhaupt ist mir in letzter Zeit aufgefallen, dass ich irgendwie nicht mehr richtig wahr und ernst genommen werde. So, genug: Mund abputzen, nicht dran denken und weiter geht's. – Andreas T.

Zeitarbeit und Corona

Die Situation der Leiharbeiter verschlechtert sich immer weiter. | Von Hermann Ploppa

Gibt es für diese Beschäftigten zweiter Klasse eigentlich Kurzarbeitergeld? Wie sieht es eigentlich mit dem versteckten Impfzwang aus? Wie viel Druck sind Leiharbeiter tatsächlich ausgesetzt?

Der Intensivkrankenpfleger Ricardo Lange hatte vor Kurzem vor laufender Kamera bei der Bundespressekonferenz im Beisein von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und RKI-Chef Lothar Wieler unerschrocken allerlei unbequeme Wahrheiten über den Zustand in den Intensivstationen deutscher Krankenhäuser ganz gelassen ausgesprochen. Der *Demokratische Widerstand* verlieh Lange dafür den Preis der Republik. Die Öffentlichkeit erfuhr nebenbei, dass der Brandenburger Intensivpfleger bei einer Leiharbeitsfirma angestellt ist und zwischen verschiedenen Krankenhäusern hin- und herwechselt. Dass Mitarbeiter mit einem so hohen Qualifikationsprofil ausleihbar sind, klingt höchst befremdlich. Ricardo Lange hatte sich allerdings freiwillig als Zeitarbeiter einstellen lassen. Er könne jetzt die Arbeitszeit selber bestimmen und auch ablehnen, was ihm als Stammarbeiter nicht möglich sei, erklärte er der Zeitschrift Stern.



Personalpartnerschaft: McDonald's- sind jetzt auch Aldi-Mitarbeiter. *Collage: Jill Sandjaja*

Dass jemand freiwillig Zeit- oder Leiharbeiter wird, ist eher die Ausnahme. Wer bei den einschlägigen Zeitarbeitsfirmen wie Adecco, Randstad oder Manpower anheuert, hofft dass er doch irgendwann einmal von einer Firma fest übernommen wird. Was das für ein Gefühl ist, als Leiharbeiter in der ausleihenden Firma tätig zu sein, als Beschäftigter zweiter Wahl, ohne die Rechte der Stammarbeiter, und dazu wesentlich schlechter entlohnt für dieselbe Arbeit, das hat der Autor dieser Zeilen als Student auch erleben müssen. Man gehört nicht dazu. Vielleicht lassen sich das die Stammarbeiter nicht unbedingt sofort anmerken. Aber richtige Beziehungen baut man ja nur auf, wenn man langfristig zusammen arbeitet und nicht nur für einige Wochen oder Monate. Es gibt sogar Betriebe, in denen Unterhaltungen zwischen Stamm- und Leiharbeitern über die gemeinsamen Arbeitsbedingungen strikt untersagt sind und Zuwiderhandlungen mit fristloser Kündigung geahndet werden. Und jetzt in Zeiten von Corona mit dem *Social Distancing* und der Virenangst stehen Kollegen, die zwischen vielen Arbeitsplätzen herumrotieren, natürlich noch mehr unter Beobachtung als zuvor.

DANK WERKVERTRÄGE IN DIE SCHEINSELBSTSTÄNDIGKEIT

Kommerzielle Leiharbeitsverhältnisse gibt es überhaupt erst seit 1967. Damals befand das Bundesverfassungsgericht, das Arbeitsvermittlungsmonopol des Staates sei verfassungswidrig. Seitdem erlebte die sogenannte Zeitarbeit eine ungeahnte Blüte. Arbeiter anzustellen und sie dann nach Belieben an andere Firmen auszuleihen, wurde immer beliebter. Denn Arbeitgeber konnten jetzt Mitarbeiter beliebig an- und abheuern ohne gesetzliche Beschränkungen berücksichtigen zu müssen. Ursprünglich sollte der Leiharbeiter nie mehr als drei Monate in einem bestimmten Betrieb arbeiten, damit die Zweiklassen-Belegschaften nicht zur Regel werden. Zwischenzeitlich wurden die Gesetze so geändert, dass die Verweildauer in einem bestimmten Betrieb für Leiharbeiter keine Obergrenze mehr kannte. Seit 2017 ist diese Dauer nun wieder auf 18 Monate begrenzt. Seit einigen Jahren sind immer so in etwa eine Million Beschäftigte in Zeitarbeit. Und selbst große Konzerne wie Mercedes greifen auf Leiharbeiter zurück. Manchmal werden ganze Abteilungen ausgegliedert, einem neu gegründeten Subunternehmen zugeteilt, und ausschließlich mit Leiharbeitern zu Minimallöhnen betrieben. Möglich wurde dies durch Tarifverträge der Unternehmen mit sogenannten Gelben Gewerkschaften, meistens mit dem Etikett »Christlich«. Als das Bundesarbeitsgericht im Jahre 2010 diese Verträge für nichtig erklärte, ließ man sich was Neues einfallen: Seither sind viele Beschäftigte scheinselbständig. Sie schließen mit dem Arbeitgeber sogenannte »Werkverträge«: Der Arbeiter bekommt einen fixen Betrag, und muss für alle sozialen Abgaben selber aufkommen.

Die Annullierung einstiger Errungenschaften der Arbeiterbewegung wird von allen im Bundestag vertretenen Parteien wacker mitgetragen, außer von der Linkspartei. Während nun im letzten Jahr Corona-bedingt zunächst die Zeitarbeit im Rückzug war, erlebt sie jetzt unter den Bedingungen immer offe - sichtlicher werdender Insolvenzen mit nachfolgenden Entlassungen und Kurzarbeitsverhältnissen eine Renaissance. Zeitarbeitsfirmen preisen ihr Produkt als ideale Wiedereinstiegsdroge in das Erwerbsleben an. Zwar lausig entlohnt, aber doch besser noch als Arbeitslosigkeit, oder? Das darf bezweifelt werden. Dem Handelsblatt rechnet Stefan Körzell vom Bundesvorstand des DGB vor, dass bei einem gesetzlichen Brutto-Monatslohn von 1.510 Euro bei einem Kurzarbeitergeld für kinderlose Zeitarbeiter unter dem Strich gerade einmal 670 Euro übrigbleiben. Kein Wunder also, dass ein großer Teil der Zeitarbeiter sogenannte »Aufstocker« sind. Was zum nackten Überleben fehlt, zahlt die Solidargemeinschaft in Form des Arbeitslosengeldes II dazu. Also wir. Nicht die Zeitarbeitsfirmen. Und weil sich unsere Bundesregierung so viel Sorgen um unser aller Wohl macht, hat sie im letzten Jahr kurzerhand angeordnet, dass nicht nur Zeitarbeitsfirmen ihr Personal ausleihen dürfen. So haben kürzlich der Discounter Aldi und die Fast-Food-Kette McDonald's eine sogenannte Personalpartnerschaft abgeschlossen. Weil Hamburger aktuell nicht verabreicht werden dürfen, können die McDonald's-Mitarbeiter ersatzweise an der Aldi-Kasse sitzen. Stundenweise.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Tesla-Werk in Grünheide: Unser Geschenk an Elon Musk

Schlaue Tricks der Gesetzgeber schaufeln öffentliches Geld in die Taschen des Multimilliardärs. | Von Hermann Ploppa

Elon Musk hat schon das Bezahlsystem Paypal erfunden, und er will demnächst die ersten Menschen auf den Planeten Mars bringen. Hat der Mann zuhause eine Maschine zum Geld drucken?

Der Tausendsassa lässt in Grünheide in Brandenburg die größte Batteriefabrik und eine Fertigungshalle für elektrisch betriebene Kompaktautos aus dem Boden schießen. VW-Chef Herbert Diess hat jetzt über den amerikanischen Mitbewerber gepetzt: Zu den anvisierten vier Milliarden Euro Baukosten für Grünheide steuern wir als Steuerzahler ein Viertel, also eine Milliarde Euro bei.

Das Geld stammt aus einem EU-Topf mit Namen IPCEI (*Important Project of Common European Interest*). Mit dem Geld soll die Produktion von Akkus für elektrisch betriebene Automobile massiv gefördert werden. Die EU will den europäischen Markt vor asiatischer Dominanz schützen – und dafür den US-Autobauer Tesla einspannen. Zudem wird der Steuerzahler jedes Elektroauto mit 9.000 Euro bezuschussen. Weitere 100 Millionen Euro spendiert das Land Brandenburg Mister Musk im Rahmen der »Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GWR)«.

Schon seit ungefähr einem Jahrzehnt müssen zudem Hersteller von Auto-Verbrennungsmotoren an Produzenten von Elektromotoren eine Art Ablasszahlung leisten, die *Zero Emission Vehicles Credit Points*. Tesla verkauft solche Null-Emissions-Punkte und finanziert damit die eigene Entwicklung. Allein dieses Jahr zahlen die Verbrenner zwei Milliarden Euro an Tesla. Stellt sich doch die Frage: Woher kommt denn eigentlich der Strom, mit dem die Tesla-Flitzer gefüttert werden? Etwa aus sauberer Energie?

MELDUNG

IMPFREGIME FÜR IMMER

Berlin/DW. Die Ständige Impfkommission STIKO erklärte, dass spätestens 2022 alle gegen Corona Geimpften zur Auffrischung kommen müssen. Andernfalls könne der Schutz nicht mehr gewährleistet werden. Außerdem arbeiteten laut der Erklärung des STIKO-Vorsitzenden Thomas Mertens die Pharmakonzerne bereits an neuen Prototypen der Injektionen, die gegen sogenannte Mutanten wirksam seien. Damit eröffnet sich ein endloses Einnahmemodell für Konzerne und Gesundheitslobby. Der SPD-Pharmaexperte Karl Lauterbach hatte sogar davon gesprochen, dass bereits im Herbst 2021 nachgeimpft werden solle. Nach dem Hype um die sogenannten Schweinegrippe nach der Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 fanden weltweite Aufklärungs- und Schadensersatzklage statt. Schweden vernichtete Millionen überflüssiger Impfdosen. (hes/ale)

WIRTSCHAFTLICHE GRÜNDE: STASI BEOBACHTET JUNGE WELT

Berlin/DW. Die Tageszeitung junge Welt (jW) hat bekanntgegeben, sich gegen die Beobachtung durch den »Verfassungsschutz« (BRD-Inlandsgeheimdienst ähnlich der »Stasi«) zur Wehr zu setzen. Die als »marxistisch orientiert« geltende ehemalige Jugendzeitung der DDR wird laut Selbstauskunft der Redaktion deshalb beobachtet, weil sie von der Existenz einer »Klassengesellschaft« ausgeht. Wobei demnach das für die BRD konstitutive Menschenrecht dieser Analyse entgegensteht. Der objektive Gegensatz von Kapital und Arbeit sei in Folge dessen nicht zu benennen. Auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke, antwortete die Bundesregierung laut dem der DW-Redaktion vorliegenden Schreiben tatsächlich mit diesen Begründungen. Während des Corona-Regimes beteiligte sich die jW mehrfach an der Verleumdung der Grundrechtsdemonstranten und verlor eine große Zahl an Unterstützern der Genossenschaft, Abonnenten und Autoren. Laut einem Kommentar der Süddeutschen Zeitung sei davon auszugehen, dass die Selbstthematisierung der jW eine »Werbekampagne« sei. (ale)

Nur Bares ist Wahres?

Der Kampf für den Erhalt des Bargelds ist wichtig für unsere Freiheit und Privatsphäre, jedoch sollten wir dabei vielversprechende Alternativen nicht außer Acht lassen. | Von Burak Erbasi

Collage: Jill Sandjaja

Auch während der ausgerufenen Corona-Pandemie, bleiben die Menschen in Deutschland bis zuletzt dem Bargeld treu. Nicht weiter verwunderlich, dass die meisten Deutschen sich auch für die Zukunft wünschen, dass Bargeld weiterhin als Zahlungsoption erhalten bleibt. Gleichzeitig arbeiten weltweit einflussreiche Interessensgruppen an der Abschaffung dieses Störfaktors. Viel zu verlockend ist für sie die Vision einer bargeldlosen Gesellschaft, in der sie die absolute Kontrolle über den Zahlungsverkehr ausüben können.

Die Deutschen lieben es bekanntlich, Bargeld zu besitzen und damit zu bezahlen. Diese Liebe scheint bei einigen so weit zu gehen, dass sie blind für seine Makel sind. Angesichts der Abhängigkeit des Bargelds von der Geldpolitik der Finanzeliten sollte sich jeder klar machen, dass wir es nicht mit einem fairen oder demokratischen Geld zu tun haben. Die Zentralbanken haben auch das letzte Sagen über den Zeitpunkt seiner Abschaffung

DIE ZENTRALBANKNOTE IST KEIN WERTAUFBEWAHRUNGSMITTEL

Entsprach das Papiergeld zu seinen besten Zeiten mal einem garantierten Auszahlungsanspruch für eine gewisse Menge eines begehrten Guts, wie beispielsweise Gold, so ist es nach jahrzehntelanger Lobbyarbeit zu einem politischen und ökonomischen Werkzeug des Finanzkapitals verkommen. Auf dessen Geheiß kann die Menge des Geldes beliebig erhöht werden. Diejenigen, die ihr Geld von der Bank abheben, um es etwa vor staatlichen Übergriffen oder Negativzinsen zu schützen, werden bald feststellen müssen, dass das scheinbar gerettete Vermögen kontinuierlich an Kaufkraft verliert. Die Inflation zersetzt im Grunde genommen schleichend die Lebenszeit der Menschen, die ihre Arbeitskraft in Form von Bargeld aufbewahren möchten.

Eine Wirtschaftskrise, wie wir sie derzeit erleben, kombiniert mit einer zügellosen Finanzpolitik der Notenbanken, kann eine verheerende Hyperinflation lostreten. Die Rechnung für die kriminelle Maßnahmenpolitik der Regierung und die dadurch entstandenen wirtschaftlichen Schäden müssen eben früher oder später beglichen werden. Der Euro kann, im Gegensatz zu limitierten Werten wie Edelmetalle und Bitcoin, beliebig aus dem Nichts geschöpft werden. Durch eine rasante Entwertung der Währung könnten somit Millionen von Menschen um ihr Vermögen gebracht werden.

EIN ZAHLUNGSMITTEL MIT VIELEN EINSCHRÄNKUNGEN

Die schrittweise erfolgende Bargeldeinschränkung bis hin zur endgültigen Abschaffung ist in den Kreisen der Profiteure beschlossene Sache. Unter anderem die Better Than Cash Alliance – eine weltweite Vereinigung von Regierungen, Unternehmen und NGOs – hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Bargeld abzuschaffen und den globalen Zahlungsverkehr komplett in den digitalen Raum zu verlegen. Als Wohltätigkeitsprojekt getarnt, geben sie vor, die Armut durch ein fortschrittliches Digitalgeldsystem beseitigen zu wollen. Neben den üblichen Verdächtigen wie Bill Gates, beteiligte sich tatsächlich auch die Bundesregierung von 2016 bis 2018 mit 500.000 Euro an diesem organisierten Verbrechen. Die globale Zielrichtung ist klar. Auf allen Ebenen soll die Bargeldnutzung erschwert werden. Während der Corona-Hysterie wurden Kunden durch moralisierende Kampagnen regelrecht dazu gedrängt bargeldlos zu bezahlen. Der 500-Euro-Schein wurde aus dem Verkehr gezogen. Größere Zahlungen können nicht mehr anonym in bar abgewickelt werden. Die EU-Kommission möchte mit vorgeschobenen Gründen eine verbindliche Bargeldobergrenze von 10.000 Euro durchzusetzen.

BARGELD VERTEIDIGEN UND ALTERNATIVEN AUFBAUEN

Ohne organisierten Widerstand wird der Weg unvermeidlich in ein komplett bargeldloses Digitalgeldsystem führen. Da kann dann jeder Untertan eindeutig erfasst und in das zentralisierte System integriert werden. Kein Entkommen vor Pfändungen, Sanktionen oder Negativzinsen. Der Geldhahn kann politischen Gegnern jederzeit abgedreht werden. Alle Transaktionen können überwacht und ausgewertet, *Social-Credit*-Systeme leicht umgesetzt werden. Die Liste dystopischer Szenarien ist lang und es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Zentralbanken das Bargeld einziehen werden.

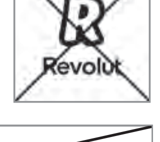
Bevor dieser Albtraum zur neuen Normalität wird, können sich Demokraten aber noch sammeln. Netzwerke aller Art mit anderen Freidenkern bilden und den Geist wachsen lassen. Autarke und vernetzte Kommunen aufbauen. Die Zeichen der Zeit erkennen und kreative Lösungen erarbeiten. Die bewusste Adoption der Blockchain-Technologie und die Verwendung von anonymen Kryptowährungen würden den ersten Schritt in der Gestaltung dezentraler Netzwerke darstellen. Die rasante Digitalisierung der Welt lässt sich nicht mehr aufhalten, sehr wohl aber noch zu unserem Gunsten gestalten. An dieser Stelle sei herzlichst empfohlen, sich mit der Blockchain und ihren politischen Dimensionen eingehender zu befassen.

Da die großen Plattformen wie youtube, facebook und google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu
miloszmatuschek.substack.com

*Diese »**Banken**« schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten. In der vergangenen Woche sperrte auch die Penta Bank ohne Vorwarnung vorübergehend unser Konto.*







UNSERE SPENDEN-QR-CODES ZUM SCANNEN

BITCOIN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

DASH

Xp8mWjoHGh51cLP1LknhivCYy7fCNTTfQM

DER ETATIST

das unbekannte Wesen | Von Cluse Krings

In der monatelangen Abfolge intellektueller Zumutungen, die diese Krise mit sich brachte und immer noch mit sich bringt, mag eine Meldung der vergangenen Wochen ein wenig untergegangen sein: Das Bundesamt für Verfassungsschutz wird die Querdenker beobachten. Mit allen »Werkzeugen«, die ihm zur Verfügung stehen. Interessant ist die Begründung. Und sie wirft ein Schlaglicht auf die Akteure in Bund, Ländern und Parlamenten: Es sind Etatisten quer durch alle Parteien.

Am 28. April frohlockte die FAZ: »Nun ist es so weit: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat einen neuen Phänomenbereich mit dem Namen Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates eingerichtet.« Da der Überwachungsdienst die Querdenker weder eindeutig dem rechtsextremen noch dem linksextremen Spektrum zuordnen kann, musste eine brandneue Kategorie aus der Taufe gehoben werden, die endlich die Kriminalisierung von Menschen in der Mitte der Gesellschaft ermöglicht. »Die Beamten«, heißt es weiter, »dürfen dabei auch nachrichtendienstliche Mittel einsetzen, etwa Telefone überwachen oder V-Leute ansprechen.«

»Delegitimierung des Staates« bedeutet im Umkehrschluss, dass diejenigen, die einen solchen Straftatbestand erfinden, den Staat, seine Institutionen und alle darin tätigen Politiker und Beamte – inklusive sich selbst natürlich – für per se legitim und über jeden Zweifel erhaben halten. Nach eventuellen Kritikern wird gefahndet. Das ist unmodern, anti-humanistisch, und nicht zuletzt: undemokratisch.

HUMANISMUS

Die Existenz von Staaten ist in der Antike bereits ein durchgängiges geschichtliches Faktum, von den Assyrern und Ägyptern über die Babylonier und Hethiter zu den Griechen und Römern. Deren Regierungssysteme mochten unterschiedlich, auch mit gewissen Hoffnungen oder, sagen wir, Ideologien unterfüttert gewesen sein wie die römische Res Publica, die Republik, oder die griechische Demokratie. Tatsächlich in Frage gestellt aber wurde die Institution des Staates damals nie.

Diese frühen historischen Staatswesen waren keine Nationalstaaten. Die Fiktion des Nationalstaats als ein quasi »natürliches« Gebilde war eine Kreation der Moderne während der Französischen Revolution. Die Staaten der Antike mögen als ethnisch reine Gebilde begonnen haben, entwickelten sich aber zu Vielvölkerstaaten, zu Imperien, die ihre Staatsangehörigkeit nicht rassistisch definierten. Römisches Bürgerrecht konnte ein Ägypter so sehr erlangen wie ein Gallier oder Iberer.

Spätestens im Mittelalter – wenn es nicht vorher schon der Fall gewesen sein sollte – wurden die Staaten Europas zu absurden Systemen zum Zweck der Machtausübung und Bereicherung jeweils sehr kleiner Gruppen: Adlige, Kirchenfürsten, Könige und Kaiser. Die übergroße Masse der Bevölkerung geriet darüber in bittere Armut.

Eine erste Änderung des mittelalterlichen Staatsverständnisses trat mit der Renaissance auf. In italienischen Handelsstädten wie Venedig oder Florenz entwickelten sich die ersten Kapitalisten im modernen Sinn. Ihr Geld verdienten sie im Fernhandel, re-investierten es immer wieder in neue Unternehmungen und waren bald wohlhabender als die Kirchenfürsten und Großgrundbesitzer ihrer Umgebung. In ihren Kontoren ging die Welt ein und aus. Von den wenig bewanderten Autoritäten des Mittelalters ließen sie sich kaum noch Vorschriften machen.

Der Humanismus wurde zu ihrem Ideal, die griechische und römische Antike zu ihrem Vorbild. Sie forderten eine Abkehr von mittelalterlicher Bevormundung: Man wollte ein freier Weltbürger sein, universell bewandert, an Bildender Kunst und Literatur interessiert, über sein Vermögen nach Gutdünken verfügend. Ein freier Mensch, der niemandem etwas schuldete. Ein Individuum, das die besten Qualitäten in sich hervorbrachte. Die Encyclopædia Britannica ergänzt: »So sehr Handlungen ohne geistige Einsicht als ziellos und barbarisch betrachtet wurden, so sehr wurde Einsicht ohne [entsprechende] Handlung als hohl und unvollständig abgelehnt. So forderte Humanitas ein feines Gleichgewicht zwischen Handeln und Denken. Ein Gleichgewicht, das keinem Kompromiss geschuldet war, sondern der Ergänzung zweier Prinzipien. Das Ziel solchermaßen erfüllter und ausgewogener Tugend war im weitesten Sinne des Wortes politisch.« Politisch, weil der Humanismus sich anschickte, das Mittelalter zu brechen und die Verhältnisse auf diesem Planeten auf neue Gleise zu heben.

Nichts hat der Renaissance-Humanismus zu tun mit dem, was in Deutschland ein »humanistisches« Gymnasium genannt wurde, das eine Art wilhelminischer Bildung fortschrieb. Nicht zu verwechseln auch mit dem, was heute »humanitär« genannt wird. Und noch viel weniger hat er zu tun mit den »humanitären Einsätzen« unserer Epoche, die – Afghanistan ist das jüngste Beispiel – nicht viel mehr sind als doppelte Raubzüge. Zum einen geht es um Rohstoffe oder geostrategische Positionen, also die Aneignung dessen, was denjenigen gehört, denen Hilfe geheuchelt wird. Und zweitens wird auch die Bevölkerung im Ursprungsland der »humanitären« Aggression bestohlen, indem Finanzmittel, die viel Gutes für sie bewirken könnten, Rüstungskonzernen in den Rachen geworfen werden für hoch subventionierten Schrott, der zu keiner vernünftigen Aufgabe in der Welt zu nutzen ist. Ebenso wenig sollte man beim Terminus »Kapitalist« in den Reflex einer automatischen Ablehnung verfallen.

Die Dinge sind dynamisch und ändern sich im Bezugssystem der Zeit. Die Fernhändler der Renaissance waren ein Segen und befreiten Europa aus der Finsternis von Religion und Unterdrückung. Funktion und Bedeutung des Kapitals änderte sich im Zeitenlauf – und damit auch seine Bewertung und Einordnung.

DIE GEBURT DES STAATS AUS DEM GEIST DER IDEOLOGIE

Die Avantgarde der Moderne nun, befreit von Kirche und Obrigkeit, wollte den Staat auf eine vernunftmäßige und nachvollziehbare Basis gründen. Dazu legitimierte sie ihn durch einen vom Briten Thomas Hobbes postulierten »Gesellschaftsvertrag«. Die Theorie besagte, der »Naturzustand«, in dem jeder gegen jeden kämpfte, habe nur durch die Übertragung des Gewaltmonopols auf einen Herrscher beendet werden können. Dieser Vorgang war von Hobbes – wohlgemerkt – nie nachgewiesen worden und dürfte eher als Ideologie zur Rechtfertigung der Verhältnisse im British Empire entworfen worden sein. Dennoch spitzte Hobbes seine Hypothese dahingehend zu, dieser Herrscher müsse stark und unbezwingbar sein, sodass niemand sich gegen ihn auflehnen könne. Hobbes verlieh seiner Idee zusätzliches Gewicht, indem er seinen fiktiven Herrscher in Anlehnung an das Alte Testament »Leviathan« nannte. Die brutale Ausübung dieses Gewaltmonopols wurde später durch den Vordenker der Französischen Revolution Jean Jacques Rousseau für den Fall gerechtfertigt, dass die Regierung durch das Volk bestimmt worden sei und entsprechend dem generellen Willen der Bürger, der »Volonté générale«, handle. Das Konzept wurde zur Grundlage praktisch aller westlichen Demokratien. Und ist unter anderem verantwortlich für die zweifelhafte Formel am Ende eines jeden Gerichtsverfahrens: »Im Namen des Volkes».

ZU SCHÖN, UM WAHR ZU SEIN

Das Konzept von Hobbes und Rousseau war zum einen geschichtlich, zum anderen konzeptionell falsch. So gut es klingt, und so einleuchtend es sogar sein mag – einen »Gesellschaftsvertrag«, wie Hobbes ihn sich vorstellte, hat es historisch nie gegeben. Die Wahrheit ist, dass nach dem Übergang von der Phase der Jäger und Sammler zu sesshaften Ackerbauern – und erst recht mit der ersten Metallverarbeitung – die Gesellschaft arbeitsteilig wurde. Das bedeutet, dass der Gletschermann Ötzi wohl noch alle Fertigkeiten seiner Epoche selbst beherrschte, wir tausend Jahre später aber Schmiede, Kürschner, Müller vorfin en. Die unterschiedlichen Gewerke generierten aus ihrer Arbeit unterschiedlich viel Profit so dass einige reicher – und mächtiger – wurden als andere. Vor allem der nun aufkommende Grundbesitz konnte einzelne Familien aus der Masse der weniger Betuchten herausheben. Bald schon sehen wir Großgrundbesitzer, die andere Mitglieder ihrer Gemeinschaft zu Frondiensten zwingen. Mit der in der Folgezeit immer weiter zunehmenden Ungleichheit geht auch eine Bewaffnung der Habenden gegen die Habenichtse einher – bis hin zur Aufstellung eigener Truppen der Allerreichsten. Am Ende dieses Prozesses steht ein Landvogt oder König, dem jeweils große Ländereien gehören und der sogar über die bestimmen kann, die nicht lohnabhängig für ihn arbeiten.

Zu dem historischen Irrtum eines »Gesellschaftsvertrags« gesellte sich die »Volonté générale« als zweiter, als ein konzeptioneller Fehler. Wo immer es einen Staat gab, da gab es auch wohlhabende und mächtige Kreise, die ihn zur Geisel nahmen. Wenn wir uns ins Venedig oder Florenz der Renaissance zurückversetzen, dann finden wir mit der Zeit Patrizier-Familien, die sich mit erlesenen Stoffen und Stadtpalais zu schmücken begannen, die bei Tisch feine Spezereien benutzten und die sich sogar den Luxus erlaubten, sich in ihrer Religionsausübung vom niederen Volk unterscheiden zu wollen und Calvinisten wurden. Diese hatten nicht viel gemein mit ihren Webern, Lageristen oder Seeleuten, die ein ärmliches Leben fristeten im Dienste des Profits der Patrizier. Und selbstverständlich waren die wenigen gut Betuchten in puncto Korruptionspotenzial, mithin Einfluss auf den Staat, der Masse der Besitzlosen überlegen. So begannen die Wohlhabenden, den Staat nach ihren Bedürfnissen zu formen.

Entsprechend ist der moderne Staat ein unvollständiges Gebilde geblieben: In seiner Ideologie, dem Humanismus, sogar in seiner legalen Verfasstheit proklamiert er die Entfaltung der Persönlichkeit und Bildung für alle Menschen, Herrschaft des Volkes, Gleichheit vor dem Gesetz und eine angemessene und gesetzeskonforme Anwendung von Zwangsmaßnahmen. In der politischen Realität jedoch blieb er weit hinter diesen Idealen zurück. Daher hat es eine »Volonté générale« nie gegeben – der moderne Staat wurde stets von widerstreitenden Interessen bedrängt. Denn dem Einfluss der Patrizier stellte sich eine Vertretung der arbeitenden Bevölkerung entgegen. Der Verfassungstheoretiker Carl Schmitt nennt den Widerstreit in einem 1932 erschienen Aufsatz sogar den »Begriff des Politischen«, also so etwas wie die eigentliche Bestimmung von Politik. Diese Tatsache versteht die Mehrheit der Bürger nicht recht. Streit ist bei einfachen Menschen negativ besetzt. Darin einen Lebenssinn – gar den Sinn der Politik schlechthin – vermögen sie nicht zu erkennen.

Jener Nationalstaat moderner Prägung wurde seinerzeit zum Vehikel für die Durchsetzung der Ideen der Französischen Revolution. Das bedeutet, dass wir dem Staat französischer Prägung Dinge wie demokratische Verfasstheit, Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Religion oder Bürger und Menschenrechte verdanken. Für das ausgehende 18. und beginnende 19. Jahrhundert war die Erringung der Nationalstaatlichkeit gleichbedeutend mit Fortschritt, Humanismus und Moderne.

Der zweite Teil erscheint in der kommenden Ausgabe des DW. Der Artikel enthält Auszüge aus: Cluse Krings, VOM UNTERGANG DER MODERNE

Cluse Krings, geboren 1959 in Aachen, ist ein deutscher Autor, Theatermann, Ethnologe und Journalist. Er arbeitete für taz, Tip, Zitty, Neues Deutschland, Radio Brandenburg, Der Freitag und den Sender Freies Berlin. Mit seinem Kollegen Wiglaf Droste schuf er die »Höhnende Wochenschau«.

Millionenproteste: Kolumbien im Generalstreik

Die soziale Ungleichheit wurde durch die Pandemiemaßnahmen extrem verschärft. | Von Ronja Palmer

In Kolumbien sind bürgerkriegsähnliche Zustände leider nichts Neues. Die Bilder von blutigen Straßenkämpfen, die derzeit kursieren, haben eine lange Vorgeschichte und sind nur die Spitze des Eisbergs.

Zuerst einige Hintergrundinformationen, die wichtig sind, um die Zusammenhänge zu verstehen. Kolumbien liegt im Nordwesten Südamerikas mit Küsten zum Pazifik und zur Karibik. Mit rund 50 Millionen Einwohnern ist es nach Brasilien der zweitbevölkerungsreichste Staat Lateinamerikas mit Grenzen zu Venezuela, Panama, Brasilien, Peru und Ecuador. Ganze fünfzig Jahre befand sich Kolumbien in einem bewaffneten Konflikt mit der FARC, der größten Guerillaorganisation Lateinamerikas, die sich, mit Drogenhandel und Erpressungen finanziert, zum Ziel setzte, mit Gewalt die soziale Ungleichheit zu bekämpfen.

REGIERUNG BRICHT FRIEDENSABKOMMEN

Der Konflikt, in den neben staatlichen Militärs auch paramilitärischen Gruppen involviert waren, forderte unzählige zivile Opfer und wurde trotz des 2016 beschlossenen Friedensvertrags nie ganz beendet, auch weil die Regierung oft selbst das Abkommen brach. Das Land erlebt zwar seit den Friedensgesprächen, nicht zuletzt von einer wachsenden Tourismusbranche angekurbelt, einen wirtschaftlichen Aufschwung, jedoch zieht sich bis heute eine breite Kluft durch die kolumbianische Bevölkerung, mit einer kleinen ökonomischen Elite auf der einen, und einer finanziell ausgebluteten Mehrheit auf der anderen Seite. So lebten laut der Nationalen Verwaltungsabteilung für Statistik im Jahr 2020 42,5 Prozent der Kolumbianer unter der Armutsgrenze, 6,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote liegt bei 14,2 Prozent – zum Vergleich: in Deutschland bei 6 Prozent. Betroffen sind vor allem die einkommensschwachen jüngeren Generationen, denen der soziale Aufstieg durch fehlende Bildungschancen, etwa wegen extrem hohen Universitätsgebühren, verwehrt bleibt.

»DER SCHLIMMSTE VIRUS IST DIE REGIERUNG«

Bereits im November 2019 riefen linke Gruppen und Gewerkschaften zum Generalstreik auf, bei dem Zehntausende gegen staatliche Korruption, für den lang ersehnten Frieden und für soziale Gerechtigkeit demonstrierten. 2020 nahm die gesellschaftliche Unzufriedenheit noch um ein Vielfaches zu, denn die soziale Ungleichheit wurde durch die Pandemiemaßnahmen extrem verschärft: Von März bis August befand sich Kolumbien in einem harten *Lockdown* bei dem vor allem die vielen Arbeiter im informellen Sektor in große existenzielle Not gerieten. Die strengen Corona-Maßnahmen riefen ein Klima von Wut und Verzweiflung hervor, das auch nach den Lockerungen anhielt.

Das Fass kochte über, als Präsident Iván Duque Ende April diesen Jahres eine Erhöhung der Mehrwertsteuer plante, die vor allem für die Mittel- und Unterschichten katastrophale Folgen bedeutet hätte. Die Reform wurde zwar schnell zurückgezogen, doch bis heute fluten die Menschen in ihrer Entrüstung zu Millionen die Straßen. Angst vor einer Virusansteckung gibt es kaum, viele Teilnehmer halten Plakate mit der Aufschrift »Der schlimmste Virus ist die Regierung« und singen »Duque Ciao«, die kolumbianische Version des antifaschistischen Klassikers »Bella Ciao«.

Um die Proteste niederzuschlagen wird neben der Polizei auch das Militär eingesetzt, das nicht davor zurückschreckt, aus Panzern mit elektronischen Munitionswerfern auf die eigene Bevölkerung zu schießen. Im Zuge der Proteste kam es bereits zu 49 Todesopfern, 15.000 Verletzten und zahlreichen Fällen von sexuellem Missbrauch. Die Menschenrechtsverletzungen haben ein erschreckendes Ausmaß erlangt und noch zeichnet sich kein Ende ab, denn die Verhandlungen des Nationalen Streikkomitees, das von der Regierung ein Ende der Polizeigewalt und die Übernahme von Verantwortung für die Gewaltakte fordert, erzielen keine Einigung.

Es ist erschütternd, zu sehen, dass in einem Land, das viele Menschen für einzigartige Biodiversität und seine lebendige Musik- und Tanzkultur kennen, das Demonstrieren für menschenwürdige Lebensbedingungen lebensgefährlich ist. Doch es macht auch Hoffnung, denn in Kolumbien sind Millionen von Menschen auf der Straße, die es satt haben, dass über ihre Köpfe hinweg regiert wird, und die erkennen, dass sie in der Masse nicht aufzuhalten sind. So wie in Chile. Dort haben die Menschen nach unermüdlichen Protesten gerade erst erwirkt, ihre Verfassung, die noch aus der Pinochet Diktatur stammt, reformieren zu können.

Daher bleibt nur zu sagen: *Mucha fuerza, amigos*! (Viel Kraft, Freunde!) Die Unterdrückung durch die korrupten Regierungen und Finanzoligarchen dieser Welt ist ein globale. Genauso global ist die Freiheitsbewegung, denn sie kennt keine Staatsgrenzen und sie wird sich unterstützen bis alle Völker dieser Welt ihre Autonomie erlangt haben.

STURM AUF DEN GRÜNEN HÜGEL

Initiative Tannhäuser Tor kündigt »Befreiung der Wagner-Festspiele« an.

Am 25. Juli 2021 starten die traditionellen Wagner-Festspiele in Bayreuth. Im vergangenen Jahr waren diese abgesagt worden, nun sollen sie Corona-konform stattfinden. Das bedeutet konkret, dass in das Haus, welches 2.000 Zuschauer fasst, voraussichtlich nur 235 Besucher gelassen werden.

Auch in die Inszenierung selbst wird eingegriffen. So sollen die Chorsänger aufgeteilt werden: Die eine Hälfte sitzt einzeln in Glaskästen auf der Hinterbühne und singt, während die andere Hälfte auf der Bühne nur die Lippen bewegt. »Keine Aerosole.«, so lautet die Regieanweisung.

Den DW erreichten erboste Zuschriften über diesen Zustand »Das ist das allerschlimmste Regietheater, von dem ich jemals gehört habe.«, so Horst S. aus dem Badischen. »Ich habe mir schon viel Mist anschauen müssen. Dass jetzt aber Angela Merkel meinen Richard Wagner enteiert, geht mir richtig ins Gemüt. Ich habe mein Ticket und ich werde die Veranstaltung mit Wallkürenstimme niedersingen«. Auch von Menschen, die kein Ticket haben, wird wohl Widerstand kommen. So erreichte uns die Zuschrift einer Initiative mit dem Namen »Tannhäuser Tor«. Diese plant den grünen Hügel zu stürmen, um »die Sänger, Richard Wagner, die Romantik und die Kunst zu befreien«. Hinter der Initiative stehen nach eigener Aussage »Künstlerinnen, freiwillige Feuerwehr, Mitglieder der Jungen Alternative, Sänger und Reitsportler«.

»Wir schwören der Kunst die Nibelungentreue.«, so das Manifest, welches DW vorliegt. »Wir reiten feurig in Bayreuth ein, mit dem blutroten Segel der ewigen Melodie. Befreien wir des Meisters Erbe aus dem Griff der Sklaven. Ein deutscher Reigen hinauf auf den Hügel bis nach Walhalla.« Das Manifest endet mit dem den Worten aus dem Musikdrama Der *fliegende Holländer:*

»Von mächt'gem Zauber überwunden
reißt mich's zu seiner Rettung fort.
hier habe Heimat er gefunden,
hier ruh' sein Schiff in sich'rem Port!
Was ist's, das mächtig in mir lebet?
Was schließt berauscht mein Busen ein?
Allmächt'ger, was so hoch mich
erhebet, laß es die Kraft der Treue sein!«

Nach mehreren Hinweisen stellte der DW eine Anfrage an den sogenannten Volkslehrer Nikolai Nehrling, ob er tragende Kraft dieser Aktion sei. Bis zum Redaktionsschluss lag keine Stellungnahme vor. Der »Sturm auf den Grünen Hügel« soll am 24. Juli 2021 stattfinden. (hes/nle)



Freiheitskämpfer zeigen Gesicht: Sprechtheaterinte (2.v.l.), Maler Jonathan Meese (4.v.l.), der Mediens Schlingensief (†, 7.v.l.), der Capitol-Erstümer mit B Doppelgänger später auch bei einer Nawalny-Dem (2.v.r.) und die Film- und Theaterregisseurin Lydia »Klare Kante gegen Kinderschänder am Grünen Hi
Collage: Jill Sandjaja

Frankreich vor dem Militärputsch?

In zwei alarmistischen Brandbriefen haben Militärs in Frankreich vor einem drohenden Bürgerkrieg gewarnt. | Ein KOMMENTAR von Hermann Ploppa

Mitte April konnte man den offenen Brief französischer Militärs im Ruhestand noch als Aufgeregtheit von »Generälen in Hausschuhen« abtun. Besagter Brief warnt Präsident Macron und die Abgeordneten in der Nationalversammlung vor chaotischen Zuständen in der französischen Gesellschaft, wenn nicht bald das Ruder herumgerissen wird.

»Islamistische Horden« würden die Vorstädte unsicher machen. Die Ehre Frankreichs sei besudelt. Die Reaktion der Öffentlichkeit in dem Land der Feinschmecker und der edlen Weine unterscheidet sich nicht groß von der Reaktion auf kritische Stimmen in Deutschland: Man tütet unbequeme Aussagen als »rechtspopulistisch« und Trump-inspiriert ein. Das erspart weitere anstrengende Debatten.

Das ging aber nicht lange gut. Schon kam der nächste Alarmbrief – diesmal aus den Reihen der noch aktiven Soldaten, flankiert von über 250.000 Unterschriften ziviler Bürger. Die Unterzeichner des Nachbrenner-Briefes verwahren sich dagegen, die Autoren des ersten Briefes als realitätsferne alte Knacker abzutun. Und die Verfasser des zweiten Briefes sind durch die Stahlgewitter von Afghanistan, Mali und der Zentralafrikanischen Republik gegangen und sahen an ihrer Seite Kameraden sterbend im Wüstensand versinken. Der Subtext lautet: Wir wissen was abgeht. Wir spielen mit echter Währung. Und wenn Sie, Herr Macron und die sehr geehrten Herrschaften aus dem Nationalparlament nicht bald etwas unternehmen, dann werden wir aktiv. Wir haben dem bösen Islamismus im Ausland ins Auge geschaut. Und wir haben auch dem bösen Islamismus bei der Operation Sentinel im Inland ins Auge geschaut.

So der Tenor der Briefe. Bejubelt wurden die Manifeste von Leuten, die den Zivilpolitikern schon lange nicht mehr über den Weg trauen, und das wahrscheinlich zu Recht. Übersehen wird dabei allerdings, dass auch das Militär, genauso wie die Zivilregierung, die sozialen Probleme in den Banlieues perspektivisch verengt als religiöse und ethnische Probleme wahrnimmt. Dabei geht die soziale Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Und die Ausgegrenzten und Enteigneten werden immer öfter gewaltsame Lösungen für ihre Probleme bevorzugen, je länger sie gegen die Gummiwände gesellschaftlicher Ignoranz dreschen müssen. Die Enkelkinder kolonialer Größe einfach in gigantischen Legefabriken außerhalb der großen Städte zu parken – das kann auf die Dauer nicht gut gehen. Es ist sicher hilfreich, dass die Militärs ihre Finger auf die Wunde gelegt haben. Aber das Problem ist eine Herausforderung für die komplette Gesellschaft und erfordert ein politisches, wirtschaftliches und soziales Gesamtkonzept, um die Wunden in Frankreichs Gesellschaft zu heilen.



ndant Frank Castorf
chaffende Christoph
ärenfell, dessen
o am Kreml auftauchte
Dykier (ganz r.).
igel in Bayreuth!«



Liberale holländische Frauen kämpfen für sich und ihre Männer für die Freiheit in Amsterdam am 15 Mai 2021. *DW: WWD*

CHRONIK DER INTERNATIONALEN DEMOKRATIEBEWEGUNG APRIL UND MAI 2021

20. April, Italien: Gastronomen blockieren aus Protest gegen die Corona-Maßnahmen die Autobahn zwischen Florenz und Arezzo. Sie fordern, wieder im vollen Umfang arbeiten zu können.

1. bis 5. Mai, Bogota: Nationalstreik gegen die Steuerreform. Anhaltende Demonstration bei der 19 Menschen getötet wurden und Hunderte verletzt.

1. Mai bis 19. Mai, Bogota: Nationalstreik gegen die Steuerreform. Anhaltende Demonstration bei der 47 Menschen getötet wurden und Hunderte verletzt.

10. Mai, Paris: »Endet den Corona-Wahn«, Demonstranten (unter ihnen Unterstützer der rechten Partei »Les Patriots«) versammeln sich vor dem Gebäude des Gesundheitsministeriums und zerschneiden die EU-Flagge.

12. Mai, Madrid: Essenslieferanten protestieren gegen das »Rider Law«. Es schreibt vor, dass Online-Lieferplattformen ihre Kuriere als Angestellte und nicht als unabhängige Auftragnehmer klassifizieren müssen. Die Lieferanten fordern das Recht auf Selbstständigkeit.

15. Mai, Barcelona: der Ausnahmezustand der Region wird beendet. Tausende Menschen versammeln sich in der Altstadt und feiern ihre Freiheit. Um 23 Uhr räumt die Polizei das Gebiet aufgrund der Massenansammlung, bei der die Mindestabstände nicht mehr eingehalten würden.

15. Mai, Weltweite Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen und für Frieden und Freiheit: in Mexico (Mexico City, Oaxaca, Mérida), Niederlanden, Nordirland, Norwegen, Nord-Zypern, Portugal, Puerto Rico, Philippinen, Österreich, der Schweiz, Schweden (Malmö, Göteborg), Spanien, Schottland, Serbien (in allen Städten), USA (New York, Cleveland, Vermont, Chicago, Massachusetts, Pennsylvania, New Hampshire, Colorado, Arizona, Rhode Island, Washington, New Jersey), Ukraine, Australien (Melbourne, Perth, Brisbane, Sydney, Cairns, Fraiser Coast), Argentinien (Córdoba, Santa Fe, Mendoza), Bulgarien, Belgien, Bosnien Herzegowina, Kanada (Toronto, Vancouver, Calgary, London, Whitby, Ottawa, St. John`s, Charlottetown, Edmonton, Timmins, Victoria, Kirkland, Lake, Kelowana, Halifax, Darthmouth, New Brunswick, Miramichi, North Bay, Nelson, Sudbury, Windsor), Kanarische Inseln, Zypern, Kroatien (Osijek, Zagreb, Dubrovnic, Rijek, Pula), Dänemark, Estland, England (London, Manchester, Birningham, Bristol, Hull, Cornwall, Plymouth, Newcastle, Canterbury, Glastonbury, Southampton, Sheffield, Eastbourne), Wales, Frankreich (Paris, Bordeaux, Quimper, Nantes, Lyon, Marmande, Aix-En-Provence), Finnland, Deutschland (16 Landeshauptstädte), Hawaii, Ungarn (Békéscsaba, Debrencen, Györ, Miskolc, Nyíregyháza, Pécs, Szeged, Szekesfehérvár, Szombathely, Veszprém), Iran, Irland, Japan (Sapporo, Tokyo, Kyoto), Jamaika, Luxemburg, Lettland, Montenegro.

17. Mai, Berlin: Kolumbianer tanzen im Berliner Mauerpark gegen die weltweite Polizeigewalt.

Faktenchecker im Faktencheck



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

Die Plattform »Correctiv« ist dem Publikum systematisch als vorgebliches Qualitätsmedium und sogenannter »Faktenchecker« vorgestellt worden. Entspricht das der Wahrheit? Werden da Fakten geprüft oder nur der Propaganda »angepasst«?

Correctiv schreibt auf seiner Internetseite über sich selbst: »Als vielfach ausgezeichnetes Medium stehen wir für investigativen Journalismus.« *Investigativer Journalismus* ist eine unsinnige Dopplung. *Investigativ* steht für selbstständige Recherche. Ja, das ist die Grundvoraussetzung für Journalismus, warum muss man das hervorheben?

Im Rahmen einer stichpunktartigen Überprüfung der Arbeitsergebnisse von *Correctiv* habe ich nach Veröffentl - chungen aus meinem Fachbereich, der Biologie gesucht. Ich bin vielfach fündig geworden und habe zahlreiche Beispiele der Lesermanipulation gefunden, teilweise mit grotesk entstellten Daten. Leider kann ich hier aus Platzgründen von den vielen Fundstücken nur zwei diskutieren.

WAS IMMER SCHON WAR UND IMMER SEIN WIRD

Zitat 1 von *Correctiv* vom 22.1.21: »Können mRNA-Impfstoffe eine genetische Veränderung bewirken? – Nein.« – Diese Aussage ist falsch. Selbstverständlich können Fragmente der künstlich hergestellten viralen mRNA oder DNA in den Zellkern gelangen und dort in das Genom der Wirtszelle eingebaut werden. Das geschieht nicht in jeder Zelle, aber es passiert in einigen Zellen. Für die Integration der Erbinformation ist es unerheblich, ob diese künstlichen oder natürlichen Ursprungs ist. Und das ist selbstverständlich eine genetische Veränderung der Wirtszelle. Warum und wie funktioniert das? Zellen von Säugetieren haben in ihrem Genom den genetischen Code zahlreicher Viren, mit denen unsere Vorfahren in den letzten Jahrmillionen irgendwann einmal in Kontakt kamen. Darin enthalten sind die Enzym-Baupläne für die benötigten molekularen Werkzeuge, die den genannten Einbau von fremden Nukleinsäuren in die DNA der Wirtszelle bewerkstelligen können.

HÄTTEST DU GESCHWIEGEN, WÄREST DU PHILOSOPH GEBLIEBEN

Zitat 2 von *Correctiv* vom 23.3.21: »Doch, PCR-Tests weisen Infektionen nach – und Christian Drostens Doktorarbeit gibt es« – Wir konzentrieren uns im Folgenden nur auf die erste Hälfte der Aussage. Die zweite Hälfte wird im Rahmen von kommenden juristischen Auseinandersetzungen geklärt werden. – Die Aussage »doch, PCR-Tests weisen Infektionen nach« ist falsch.

Ein PCR-Test kann aufgrund der angewendeten Technik nur die Anwesenheit eines RNA oder DNA-Schnipsels nachweisen. Ob ein vollständiger Virus-Erbträger vorliegt, der für einen funktionierenden Virus notwendig ist, kann die von Drosten et al. konzipierte Polymerase-Kettenreaktionsanalyse (PCR-Analyse) nicht nachweisen. Falls ein vollständiger und funktionierender Virus auf der Schleimhaut in den Atemorganen vorliegen sollte, kann die PCR *nicht* zwischen einer infizierten Wirtszelle (Virus in der Zelle) und einer nicht infizierten Wirtszelle nebst separatem Virus unterscheiden. Umso mehr kann die PCR keine Erkrankung des Patienten nachweisen. Dazu benötigt man weitere ärztliche Diagnosen.

IN RELIGION EINE EINS MIT STERNCHEN

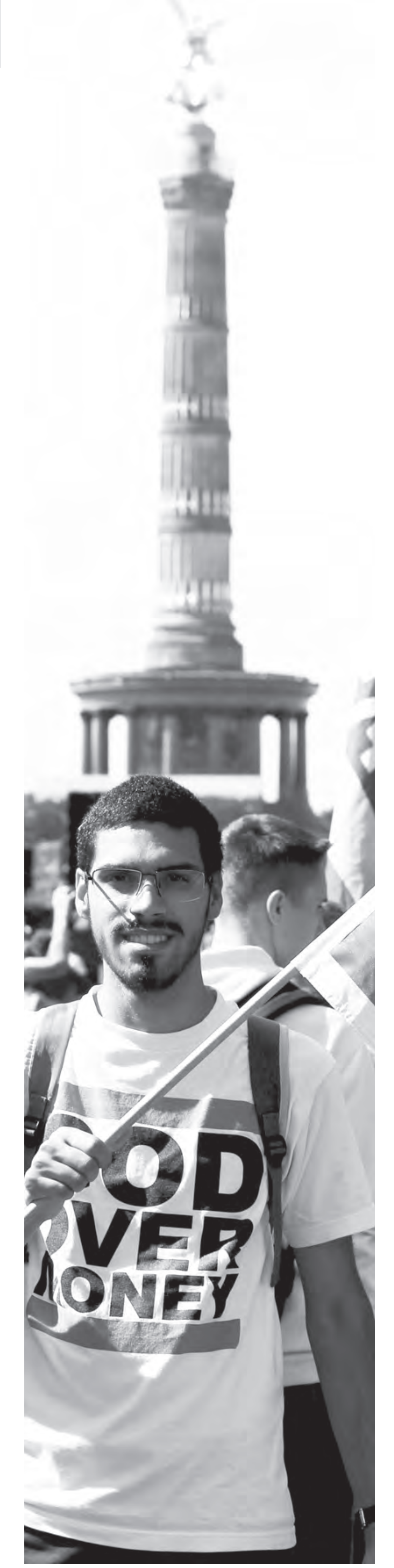
Denkbar wäre beispielsweise eine stattfindende Infektion, die aber durch das Immunsystem effekti ausgebremst wird. Wie es täglich mehrfach in jedem Menschen mit verschiedenen Keimen stattfindet. Dann ist der Mensch auch nicht erkrankt, aber infiziert. Das kann man mit einer PCR auch nicht diagnostizieren. Da die PCR-Tests nicht standardisiert sind, kann man noch nicht einmal von einem Testergebnis eines Labors auf die vorgefundene RNA- oder DNA-Menge sicher zurückschließen. Der Autor bei *Correctiv* versteigt sich aber zu folgender Aussage: »Behauptung: Der PCR-Test weise keine Infektionen nach (...). Falsch. Der PCR-Test weist zuverlässig nach, ob ein Mensch mit dem Corona-Virus infiziert wurde (...). Eine Infektion ist laut Definition im Infektionsschutzgesetz die ›Aufnahme eines Krankheitserregers und seine nachfolgende Entwicklung oder Vermehrung im menschlichen Organismus‹. (...) Das heißt: Ist das Virus in den Proben der Atemwege nachweisbar, ist der Mensch infiziert worden. (...)« – Das ist grober Unfug. Wir könnten an dieser Stelle aus dem Bereich der Biologie noch zahlreiche weitere Beispiele aus den *Correctiv*-Veröffentlichungen aufzählen, die fachlich weit von dem prädikat »richtig« entfernt sind. Woran liegt das? Der Autor des Zitats Nummer 2 ist Till Eckert. Über seine fachliche Qualifikationen lesen wir: »Till recherchiert zu modernem Rechtsextremismus und Desinformation.« Die Autorin des Zitats Nummer 1 ist Uschi Jonas. Ihre Qualifik tion ist ein Abschluss in Sozialwissenschaft sowie der Rechercheschwerpunkt »Klima, Umweltschutz und Nachhaltigkeit«. Beide Selbstbezeichnungen stammen von der *Correctiv*-Internetseite.

Meine Arbeitshypothese ist, dass beide Autoren hier fachfremd unter Zeitdruck recherchiert haben. Das ist an sich noch kein Problem. In beiden Artikeln gibt es offensichtli he, eklatante Mängel. Gut, kann mal passieren. Irren ist menschlich, Schwamm drüber. Was hingegen sehr beunruhigend ist, ist die Selbstverständlichkeit mit der derartiger Nonsens bei *Correctiv* ohne Beanstandung durch das Lektorat geht. Und das offenbar systematisch und reihenweise! Es gibt dort keine funktionierende Qualitätssicherung. Hier drängt sich der Verdacht von absichtlicher Falschberichterstattung geradezu auf. Von einem Qualitätsmedium kann daher noch nicht einmal ansatzweise die Rede sein.

FIEDLER KORRIGIERT FIEDLER

In der DW-Ausgabe 46 vom 8. Mai 2021 schrieb ich im Artikel »KZ, RKI und NDR«: »Das Dokument zeigt deutlich, wie das RKI für die Bundesregierung mit Politologen und Wirtschaftswissenschaftlern im April 2020 ein Corona-Strategiepapier entwirft, das einen Lockdown vorbereiten und rechtfertigen soll.«

Dieser Text ist unvollständig und unglücklich in der Wortwahl. Der Text müsste lauten: »Das Dokument zeigt deutlich, wie das RKI zusammen mit dem Innenministerium (BMI) für die Bundesregierung unter Einbeziehung externer Politologen und Wirtschaftswissenschaftlern im April 2020 ein Corona-Strategiepapier entwirft. Man diskutiert, wie ein Lockdown vorbereitet und wie bestimmte Themen der Bevölkerung am besten kommuniziert werden sollen.« Außerdem: Der im Artikel genannte Firmenname »Microtec« ist nicht korrekt. Die Firma heißt tatsächlich »Microchips Biotec inc.«. – Ich bitte um Entschuldigung. (mfi)



Am 15. Mai 2021 bei der Siegessäule. *Foto: Steve Schramm*

DW-BESTSELLERLISTE



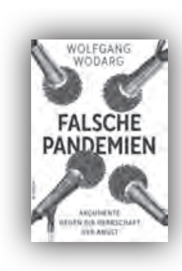
DW-Magazin. Die Jahreschronik der Demokratiebewegung u.a. mit Originalbeiträgen von Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Giorgio Agamben, Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-2-2



Minima Mortalia
Köhne, Werner
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-0-8



Das Kapitalismustribunal: Zur Revolution der ökonomischen Rechte (Hg.) Haus Bartleby, Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp
Passagen Verlag
ISBN-13 : 978-3709202203



Falsche Pandemien: Argumente gegen die Herrschaft der Angst
Wodarg, Wolfgang
Rubikon
ISBN: 978-3-96789-018-1



Der Fall Julian Assange: Geschichte einer Verfolgung - Der spektakuläre Report des UNO-Sonderberichterstatters für Folter
Melzer, Nils
Piper
ISBN: 978-3-492-07076-8



Corona-Impfstoffe: Rettung oder Risiko?
Arway, Clemens G.
Quadriga
ISBN: 978-3-404-07499-0



Imperium USA: Die skrupellose Weltmacht
Ganser, Daniele
Orell Füssli Verlag
ISBN: 978-3-280-05708-7



Das Corona-Dossier: Unter falscher Flagge gegen Freiheit, Menschenrechte und Demokratie
Osrainik, Flo
Rubikon
ISBN: 978-3-96789-014-3



Meine Pandemie mit Professor Drosten: Vom Tod der Aufklärung unter Laborbedingungen
van Rossum, Walter
Rubikon
ISBN: 978-3-96789-012-9



Die Macher hinter den Kulissen: Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern
Hermann Ploppa
Nomen (Frankfurt)
ISBN: 978-3-939816-22-5



Der rote Ritter von trauriger Gestalt mit seiner Knappin: DJU-Propagandist Jörg Reichel (r.). *Foto: Steve Schramm*

ANGRIFF DER TERRORKINDER

DW-Fotograf Steve Schramm und Stefanie Supé berichten vom Übergiff der Fake-Antifa auf die Pressefreiheit.

Sowjetisches Ehrenmahl Berlin Treptow 9. Mai 2021: Wie jedes Jahr zieht es Menschen zum sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park, um dort Blumen niederzulegen. Es ist der Tag des Gedenkens der Befreiung vom Hitler-Faschismus in Europa. Dieses Jahr ist das Wetter mild, die Sonne scheint, der Himmel ist hoch. Eine friedliche, erhabene Stimmung. Menschen in kleinen Gruppen, melancholische russische Musik, besinnliche Ruhe.

Angereiste aus Berlin und von weit, weit her halten an der Statue der trauernden »Mutter Heimat« inne mit Frieden im Herzen und einem Gebet für Frieden und »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus«. Anlass auch für Journalisten des *Demokratischen Widerstands* weiße Rosen niederzulegen, gelbe und rote Nelken, Veilchen und Orchideen. Die harmonische Stimmung wird jäh durchbrochen. Hinter uns steht eine Gruppe maskierter, überwiegend männlicher Heranwachsender. Rasch gehen sie zum Angriff über. Zunächst mit lautstarken, dem Metier üblichen Beschimpfungen. Ein regelmäßiger Störer der pro-demokratischen Demonstrationen für die Grundrechte in Berlin erhebt die Stimme. Wo er so plötzlich herkommt? Keiner weiß es, vermutlich über Instagram oder ähnlichem herbeigeholt. Die Kids beginnen zu Schubsen, Angriffe auf die Kameras der Journalisten und deren Handys. Im Gerangel wird eine Geldbörse aus einer Hosentasche gestohlen.

Der unabhängige Journalist Martin Lejeune wird bepöbelt. Wir selbst werden angegangen: »Du bist Fotograf von Pegida« und »Ich kenne deine Videos auf Instagram«. – Ich, Steve Schramm, habe weder ein Benutzerkonto bei Instagram noch habe ich bisher eine Pegida-Demo dokumentiert oder daran teilgenommen. Wir fragen uns, ob hier Hass zum Selbstläufer geworden ist, oder ob es bei einer Vogelfreierklärung zu einer schusseligen Verwechslung kam? Die Polizei geleitet uns schließlich vom Platz mit den Worten: »Da vorn kommen gleich zweihundert von denen, könnte wehtun«.

Abgesehen vom Angriff auf die Pressefreiheit – einem monumentalen und unverzichtbaren Pfeiler einer freien Gesellschaft – und übelsten persönlichen Diffamierungen in der Öffentlichkeit bleibt nicht nur ein Gefühl der Empörung und Ungerechtigkeit. Jenes kennen wir schon. Wir sind im Herzen traurig wegen der Entweihung dieses Ortes durch Terrorkinder, die keine – wirklich gar keine – Ahnung haben. Sie haben vorallem keinen Respekt vor denen, die für die Beendigung des damaligen Faschismus alles gegeben haben, ihr Leben gelassen haben. Und wir fragen uns, wie es zu einer faschistoiden Gesellschaft kam, welche Mechanismen hier anscheinend heute noch und wieder greifen. Ausgerechnet bei denen, die sich den abkackenden Mittelschichtskids zurechnen, die sich doch den Antifaschismus auf die Fahnen schreiben. Gebeten hatte sie indes niemand darum.

Wo ist der Aufschrei von DJV und DJU auf diesen erneuten Angriff auf die Pressefreiheit? Was macht eigentlich Jörg Reichel? (Zum DJU-Gewerkschaftsfunktionär auf Abwegen siehe unter anderem DW 47.) Eine demokratische Republik braucht eine freie Presse. Der *Demokratische Widerstand* verurteilt jeden Angriff auf ournalisten auf das Schärfste.

Redaktionelle Anmerkung: Herausgeber und Redaktion unterstützen diese Ausführungen unserer DW-Kollegen Steve Schramm und Stefanie Supé.

BEKANNTGABE: AKADEMIE-GRÜNDUNG

Die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* und dessen Umfeld gründen eine Akademie. Das konkrete Vorhaben trägt den Arbeitstitel »Akademie für qualitative Verfassungsdemokratie (AquaVD)«.

Die Pläne dazu reifen im Freundes- und Unterstützerverein dieser Wochenzeitung, der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. (K.D.W.), seit Sommer 2020. Von Beginn an wird der Demokratische Widerstand von einer Vielzahl von Professoren aus der Rechtswissenschaft, der Soziologie, der Politologie, der Medizin sowie Kunst- und Geisteswissenschaften unterstützt, die nun eingeladen sind, sich der Gründung frühzeitig anzuschließen oder generelle Unterstützungsmöglichkeiten zu erklären.

Diese einfachen Meldungen erbitten wir ausdrücklich an die Mail-Adresse akademie@demokratischerwiderstand.de*!*

Der wöchentlichen Auseinandersetzung mit dieser Wochenzeitung stellen Herausgeber und Verlag nun eine ständige Einrichtung, die Akademie, an die Seite. Die Akademie ist nötig geworden, um die staatspolitische Ausrichtung und kulturpolitische Bahnung der Demokratiebewegung dauerhaft in feste Fundamente zu bringen. Der gesellschaftliche und verfassungspolitische Zustand der Bundesrepublik – zumal im Zustand der Schließung unserer Universitäten und der Unterdrückung von seriöser Wissenschaft – macht den Schritt der Akademie unausweichlich. Als Mitgründer und erster Direktor des Aufbaus agiert DW-Wirtschaftsressortchef, Buchautor und Politologe Hermann Ploppa sowie die DW-Gründer und -Verleger Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp. Angestrebt wird ein Akademiegebäude mit ständigem Lehr- und Forschungsbetrieb in Deutschland, Archiv, Campus, Bibliothek und Ausbildungsräumen.

SPORT MIT BERTHOLD

MASKE VERBIETEN!

Joggen mit Maske? Ich hoffe dass es die Leute dazu animiert, den Verstand wieder einzuschalten. Einen größeren Blösdinn, als Dauerlauf mit Atemmaske habe ich noch nie gesehen und gehört, mein ganzes Leben lang nicht. Jeder Mensch braucht Sauerstoffzufuhr Vor allem beim Laufen. Die wird durch eine Maske behindert; man braucht kein Medizinstudent sein, um das zu erfassen. Die Vorgänge haben generell nichts mit Medizin oder Wissenschaft zutun, auch das kann mittlerweile jeder wissen. Jedenfalls: Joggen mit Maske? Sollte verboten werden!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den eheli hen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche olksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflich
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rech - lichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflicht werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensich - lich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

VOR DEM SKLAVEN, WENN ER DIE KETTE BRICHT, VOR DEM FREIEN MENSCHEN ERZITTERT NICHT.
FRIEDRICH SCHILLER

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 48. Ausgabe ab Samstag, 22. Mai 2021. | Redaktionsschluss war am 20. Mai, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Sophia-Maria Antonulas **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Sportchef:** Thomas Berthold **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Layout und Satz:** Chris Stein, Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ronja Palmer, Burak Erbasi, Aya Velázquez, Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werde